1H 20 150C

RGW Tagung: Moskau verstärkt Ausplünderung S.5

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 7. Juni 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

DGB Kongress in Hamburg

Arbeiterfeinde unter sich

In der letzten Woche ging in Hamburg der 10. Bundeskongreß des DGB zu Ende. Das Ziel dieses Kongresses formulierte Vetter so: „Grundlegende Weichenstellung für die Sicherung der Zukunft der arbeitenden Menschen". Das ist ein Hohn! Getagt haben hier nicht Vertreter der Arbeiterklasse, sondern Vertreter der Bourgeoisie. So waren neben den höchsten Gewerkschaftsbonzen, die selbst zur Bourgeoisie gehören, die wichtigsten Vertreter des Staatsapparates und der Regierung anwesend. Bundespräsident Scheel, Bundeskanzler Schmidt, Bundestagspräsidentin Renger, die Minister für Wirtschaft, Finanzen und Arbeit, Ministerpräsident Kühn, die Parteiführer von SPD und CDU sowie Vertreter der FDP und CSU und andere. Als besonderer Ehrengast wurde Schleyer, der Vorsitzende vom Bund Deutscher Arbeitgeber, geladen. Neben diesen Herrschaften fanden sich auch verschiedene Delegationen der gelben Gewerkschaften aus dem Ausland ein. Selbst Delegierte aus den revisionistischen Ländern und Vertreter der sowjetischen Sozialimperialisten wurden geladen.



Über 1 Million Arbeitslose, fast 900 000 Kurzarbeiter, verschärfte Rationalisierung lasten heute auf der Arbeiterklasse. Aber zu diesen Problemen haben sich die Gewerkschaftsbonzen ausgeschwiegen. Sie besitzen die Unverfrorenheit zu sagen, im Notfall würden sie einen Sonderkongreß einberufen. Für sie ist es natürlich wichtiger, mit dem Boß vom Arbeitgeberverband und den Herren der Regierung zu feiern. Das zeigt, wie sie sich um die Sicherheit der Zukunft der arbeitenden Menschen kümmern, wie sie sich für die Interessen der Arbeiter, die sie vorgeben zu vertreten, einsetzen.

Der DGB-Apparat ist eben keine Interessenvertretung der Arbeiterklasse, sondern ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie. Der DGB-Apparat ist direkt ein Teil des Staatsapparates, der die Aufgabe hat, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu verhindern, damit die Arbeiterklasse sich nicht im Kampf zusammenschließt und ihre Kämpfe auf die Revolution ausrichtet. Mit seinem Apparat, seinen Funktionären, seinen Betriebsräten usw. wirkt er vor allem da, wo die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und den Kapitalisten am offensten und klarsten zutage treten, nämlich im Betrieb, wo die Arbeiter konzentriert sind, wo sie tagtäglich die Ausbeutung durch die Kapitalisten erfahren, und wo sie auch am ehesten den Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen. Deshalb versucht der DGB-Apparat gerade hier, die Ideologie der Klassenversöhnung und reformistische Gedanken in die Arbeiterklasse zu tragen und bekämpft mit allen Mitteln die Kommunisten und fortschrittlichen Arbeiter, die den revolutionären Kampf propagieren und die Arbeiter auf revolutionärer Grundlage organisieren. In der Regierung ist der DGB-Apparat selbst bei der Erstellung von Gesetzen beteiligt, was Schmidt lobend hervorhebt. In den Betrieben nimmt der Gewerkschaftsapparat selbst Funktionen der Geschäftsleitung wahr, handelt Kurzarbeit, Rationalisierung und Entlassungen aus, beschließt er Kündigungen von fortschrittlichen Kollegen und Kommunisten, wie es gerade jetzt bei den Betriebsratswahlen bei HDW geschehen ist.

Überall wo die Arbeiterklasse kämpft, versucht der DGB-Apparat, gemeinsam mit der D„K"P, die Kämpfe unter seine Kontrolle zu bekommen, um sie dann abzuwürgen, damit die Ausbeutung reibungslos funktioniert. Das beweisen selbst die Reden von Schmidt und Scheel: „Sogar nach der angekündigten Massenentlassung bei VW konnte Ihnen kaum irgendwo von radikalen Aufwieglern die gewerkschaftliche Kontrolle entrissen werden." Und Scheel sagte: „Ohne den DGB wäre die wirtschaftliche Stellung und das politische Ansehen der Bundesrepublik sowie der ‚soziale Friede' nicht zu erreichen gewesen."

Gerade weil der DGB ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie ist, ist es auch zu verstehen, daß der DGB-Apparat feierlich mit Schleyer und den Vertretern des Staatsapparates den Bundeskongreß begeht, lange Bekenntnisse zu diesem Staat vorträgt und von der

Fortsetzung auf Seite 2

Nato Tagung in Brüssel

US Imperialisten bekräftigen ihr Diktat

Die NATO-Tagung in Brüssel ist beendet, US-Präsident Ford samt seinen Ministern und seinem Heer an Leibwächtern wieder abgereist – jedoch nicht, ohne sich vorher noch in Rom den „Friedenssegen" vom Papst zu holen. Hat diese Konferenz, an der Minister und Regierungschefs der 15 Mitgliedsländer teilgenommen haben, nun im Dienst der Sicherheit Europas gestanden, wie das immer wieder in Brüssel betont wurde? Keineswegs. Von Anfang an diente diese Tagung allein dazu, der Vorherrschaft des US-Imperialismus über Westeuropa Nachdruck zu verleihen.

„Keine Sorge, die USA werden weiterhin in Europa bleiben" – hieß es immer wieder aus dem Munde der US-Imperialsiten. Und Schlesinger fügte hinzu, daß die USA ihre Truppen in Westdeutschland sogar noch weiter verstärken werden. Die Völker Europas sollen sich also geradezu glücklich schätzen dürfen, daß diese Räuber und Unterdrücker weiterhin auf dem europäischen Kontinent ihr Unwesen treiben? Natürlich kostet dieses „Glück" künftig einige Milliarden Dollar mehr als bisher.

Die zynische Propaganda der US-Imperialisten, daß man sich um die Sicherheit nicht sorgen brauche, solange sie das Kommando in Westeuropa haben, baut darauf auf, daß die US-Truppen in Europa, daß der NATO-Militärblock als Garantie gegen die machthungrigen Pläne der sowjetischen Sozialimperialisten ausgegeben werden. Eine schamlose Lüge. **Denn diese Truppen dienen weder der Verteidigung der Völker Westeuropas, noch der „Freiheit"**

Fortsetzung auf Seite 8

Verfassungsschutzbericht

Faschisierung und nationaler Verrat

Das Bundesinnenministerium hat den Verfassungschutzbericht 1974 vorgelegt. Maihofers Bericht zeigt, daß die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat durch die anwachsende revolutionäre Bewegung zunehmend ihre Herrschaft bedroht sehen, daß sie deshalb die Faschisierung ihres Staatsapparates vorantreiben. Und Maihofers Bericht zeigt auch, daß die Monopolbourgeoisie es im Kampf gegen die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei duldet, daß die Spionagetätigkeit der beiden Supermächte, besonders des sowjetischen Sozialimperialismus, zunimmt.

Der Bericht betont, daß der „Rechtsextremismus" in Westdeutschland „politisch bedeutungslos" sei. Deshalb jammern die D„K"P-Revisionisten in der UZ über die „Verharmlosung des Rechtsextremismus". Sie erklären, der „Rechtsextremismus" erfasse eben nicht nur Thadden und Konsorten, sondern auch die CDU/CSU mit Strauß und Dregger an der Spitze. Innenministerium und D„K"P-Revisionisten lenken in Wirklichkeit gleichermaßen von der tatsächlich bestehenden faschistischen Gefahr ab. Der Faschismus droht heute eben nicht hauptsächlich als „rechtsextreme Massenbewegung" wie 1933. Die faschistische Gefahr droht heute auf „kaltem Wege". Sie geht vom imperialistischen Staatsapparat selbst aus, der zunehmend den Terror gegen die Arbeiterklasse, die revolutionäre Bewegung und unsere Partei verschärft. Das Gejammer der D„K"P-Revisionisten über die „Verharmlosung des Rechtsextremismus" ist in Wirklichkeit die Verharmlosung des imperialistischen Staatsapparates, von dem die Hauptgefahr des Faschismus droht, vor dem die modernen Revisionisten behaupten, er sei nur nicht wachsam genug gegen die „rechtsextreme Gefahr". Diese Verbreitung von Illusionen über den imperialistischen Staat gehört zur Aufgabe der modernen Revisionisten als Wegbereiter des Faschismus.

So versucht auch der Verfassungsschutzbericht, das Ansehen der D„K"P aufzupolieren. Maihofer hob darum besonders hervor, daß auch die D„K"P eine verfassungsfeindliche Partei sei. Mit dem Herausstreichen der „Gefährlichkeit des modernen Revisionismus soll offensichtlich vergessen gemacht werden, daß die D„K"P mit Billigung und Applaus des Kapitalistenstaates gegründet wurde. Wenn die Kapitalisten die Partei des Arbeiterverrates als „gefährlich" bezeichnen, dann nur, weil sie nicht wollen, daß ihr trojanisches Pferd in der Arbeiterbewegung enttarnt wird. Maihofer ließ allerdings auch keine Zweifel aufkommen, wodurch die

Fortsetzung auf Seite 6

AUS DEM INHALT

IOC vertagt Entscheidung – Die VR China muß aufgenommen werden . . . 2
SEL: Streik gegen geplante Massenentlassungen . . . 3
Erwitte: Kampfentschlossenheit führte zum Sieg! . . . 3
Humanisierung der Arbeitsplätze? Verschärfte Ausbeutung! . . . 4
Boykottiert den Sternmarsch! . . . 6
Tankwarte: Wir sind keine Hilfspolizisten! . . . 6
Willkürurteil gegen Duisburger Genossin . . . 6
Prozeß gegen Gen. Peter Schulte . . . 7
Kommunistischer Lehrer festgenommen: „Bei Fluchtversuch wird geschossen!" . . . 7
Trotz Moskaus Protesten wird die ägyptische Satire: „Hoch lebe die Delegation!" wieder aufgeführt . . . 8
U-2-Absturz im Sauerland: Ami go home! . . . 8
25. Mai: Tag der Freiheit Afrikas . . . 9
Zum Tod des Vorsitzenden der KP Burmas – Im Kampf gefallen . . . 9

DGB Kongress in Hamburg

Arbeiterfeinde unter sich

Fortsetzung von Seite 1

Regierung und dem Kapital großes Lob für seinen Einsatz im Interesse der Kapitalistenklasse erhält. Dazu kommt natürlich auch, daß der DGB ja selbst einer der größten Konzerne ist, und es ist ja auch bekannt, was für Posten die Bonzen in der Wirtschaft und im Staat bekleiden.

Im Mittelpunkt der Reden auf dem Bundeskongreß des DGB standen die Mitbestimmung, die Investitionslenkung und -kontrolle, die als die große Lösung aller Probleme aufgetischt wird, gerade jetzt, wo die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit, die zunehmende Unterdrückung und Faschisierung bei den Kollegen immer mehr die Frage aufwerfen, wie man aus dieser Misere herauskommt, wie man dieses Übel abschaffen kann. **Dazu muß man einmal feststellen, daß die Bourgeoisie immer die Mitbestimmungsideologie verstärkt in die Arbeiterklasse getragen hat, wenn es darum ging, Kämpfe der Arbeiterklasse, vor allem revolutionäre Kämpfe, zu verhindern.** Früher hieß es eben: die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitern und Kapitalisten oder die Wirtschaftsdemokratie, Überwindung der Klassengegensätze in der Volksgemeinschaft, wie Hitler es ausdrückte, oder heute: die Mitbestimmung.

Immer hat die Bourgeoisie versucht, mit dieser Ideologie die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze zu verwischen und die Klassenzusammenarbeit zu propagieren. Aber mit den Ausbeutern gibt es keine Zusammenarbeit, denn damit soll die Arbeiterklasse an den Kapitalismus gekettet und für ewig versklavt werden. Und nichts anderes meint Scheel mit seinem Ausspruch: „Ziel der Mitbestimmung sei die Bewahrung des sozialen Friedens."

Das Interesse der Kapitalistenklasse ist, uns so stark wie möglich auszubeuten, denn unsere Arbeit ist die Quelle für ihren Reichtum. Das Interesse der Arbeiterklasse ist es aber, sich von der Ausbeutung zu befreien und endlich selbst Herr über die Produktionsmittel zu werden. **Dieses Ziel erreichen wir aber nicht in Zusammenarbeit mit den Ausbeutern, sondern nur, indem wir die Kapitalistenklasse mitsamt ihrem Staatsapparat in der proletarischen Revolution zerschlagen.**

Die Mitbestimmungsideologie ist auch mit der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie verwandt: „Überwindung der Klassengegensätze in der Volksgemeinschaft.", Die egoistischen Klasseninteressen sollen fortan dem ‚höheren Interesse der Nation und des Staates' geopfert werden", hieß es unter Hitler. Die finstere Zeit des Hitlerfaschismus hat gezeigt, was die Volksgemeinschaft in Wirklichkeit ist: hemmungslose Ausbeutung und terroristische Unterdrückung der Werktätigen, Abschlachten von Millionen Menschen in imperialistischen Raubkriegen.

In seiner Rede empfiehlt Vetter die Mitbestimmung zur Sicherung der Arbeitsplätze und Verhinderung der Massenarbeitslosigkeit. „Mitbestimmung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen der Wirtschaft seien dringend erforderlich, nachdem gerade jetzt in letzter Zeit die Existenzgefährdung von Millionen Arbeitnehmern durch Massenarbeitslosigkeit sichtbar geworden ist."

Die Mitbestimmung garantiert überhaupt keine Sicherheit, ganz im Gegenteil. In den Bergbaubetrieben und in der Montanindustrie, wo die Mitbestimmung durchgeführt wurde, konnten mit Hilfe der Mitbestimmung die Massenentlassungen in der Hälfte der Zeit durchgeführt werden, wie der DGB in seiner Broschüre „Mitbestimmung – eine Forderung unserer Zeit" selbst schreibt. Es wird dort auch festgestellt, daß die Rationalisierung in diesen Betrieben leichter durchzuführen war als in anderen, und die Produktionsergebnisse überdurchschnittlich erhöht werden konnten.

Die Mitbestimmung dient den Kapitalisten also auch dazu, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen.

Die Theorien der Investitionslenkung und -kontrolle haben ebenfalls die Klassenzusammenarbeit zur Grundlage. Die Arbeiterklasse soll nicht erkennen, daß der Kapitalismus die grundlegende Ursache für Krise und Arbeitslosigkeit ist. Die Arbeiter sollen glauben, es seien einige falsche Investitionen getätigt worden, die die Krise mitverursacht haben. Sie sollen glauben, durch richtige Investitionslenkung und Kontrolle könnte man diese Grundübel des Kapitalismus verhindern oder bekämpfen. **Diese Theorie dient der Bourgeoisie ebenfalls zur Erhaltung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse. Die Krise des Kapitalismus und die besondere Verschärfung im Moment ist gesetzmäßig entstanden und läßt sich nur abschaffen, indem der Kapitalismus selbst abgeschafft wird.**

Die modernen Revisionisten der D„K"P haben den Bundeskongreß erfreut begrüßt, dazu auch eine eigene Veranstaltung durchgeführt und dem DGB-Apparat ihre volle Unterstützung zugesichert. Der DGB-Apparat wird von ihnen als Einheitsgewerkschaft, als starke Interessenvertretung der Arbeiterklasse hochgejubelt und die Forderungen des DGB werden natürlich voll unterstützt.

Gemeinsam mit den Gewerkschaftsbonzen haben sie Streiks abgewürgt, Entlassungen, Kurzarbeit, Rationalisierungen, die sie mit den Kapitalisten beraten haben, durchgesetzt. Gemeinsam tragen sie reformistische Illusionen in die Arbeiterklasse. Aber die modernen Revisionisten der D„K"P bleiben dabei nicht stehen zu behaupten, man könne den Kapitalismus mit Hilfe von Reformen menschenwürdiger machen. Nein, sie bieten im Gegensatz zum DGB-Apparat den Arbeitern einen Ausweg aus dem Kapitalismus an, und vor allem darin liegt ihre besondere Gefährlichkeit.

Sie treten als kommunistische Partei auf, behaupten z.B., die Mitbestimmung in allen wichtigen Großunternehmen und -konzernen sei ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur demokratischen Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. „Mitbestimmung muß ein Hebel zur Zurückdrängung der Monopole sein." Mit diesen Theorien schaffen sie Illusionen über einen friedlichen Weg zum Sozialismus in der Arbeiterklasse. Dabei geben sie sich als Kommunistische Partei aus und führen Marx und Lenin im Munde um ihren Verrat zu verdecken.

Die D„K"P ist aber eine Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, die verhindern soll, daß die Arbeiterklasse den einzigen, den revolutionären Weg zu ihrer Befreiung beschreitet.

Dieser DGB-Kongreß zeigt uns sehr deutlich, wo die Front im Klassenkampf verlaufen muß. **Auf der einen Seite Kapitalisten, Staat, DGB-Apparat und die modernen Revisionisten der D„K"P, auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, die revolutionären Volksmassen mit ihrer kommunistischen Partei. Im Kampf gegen den DGB-Apparat und gegen die modernen Revisionisten müssen wir die Arbeiter auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufbauen.**

"Rote Jugend" in Norwegen und Schweden

Gemeinsame Erklärung gegen die Supermächte

Die „Rote Jugend Norwegens" und die „Rote Jugend Schwedens" haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie besonders auf die wachsende Kriegsgefahr durch die Rivalität der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, eingehen.

In der Erklärung heißt es: „Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, sind die Hauptfeinde der Völker aller Länder.

Beide treten in den verschiedensten Teilen der Welt als imperialistische Plünderer auf und bereiten sich auf bewaffnete Aggression gegen die Völker, die um Unabhängigkeit und nationale Befreiung kämpfen, vor. Sie kämpfen miteinander um die Welthegemonie. Der Kampf zwischen den beiden Supermächten ist die Wurzel der Kriege und der Konflikte in der Welt. Der Kampf zwischen ihnen schließt die Gefahr ein, die Völker und Nationen in einen neuen Weltkrieg zu stürzen."



„Rote Jugend Norwegens". Aus: „Klassenkampen", Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei/Marxisten-Leninisten.

„Das Gerede der Supermächte über Frieden und Abrüstung in Europa ist nur ein Rauchvorhang um ihre verzweifelte Aufrüstung zuzudecken. Tatsächlich ist Europa für jede Großmacht, die nach Welthegemonie strebt, von entscheidender strategischer Bedeutung. Deshalb kann Europa nicht abseits stehen, wenn es zum Entscheidungskampf der Supermächte kommt.'

Die Kriegsvorbereitungen der Supermächte sind eine ernsthafte Gefahr für die nordischen Völker. Die Lage von Nordeuropa, das zwischen den beiden Supermächten eingeschlossen ist, erfordert von den nordischen Ländern, daß sie ihre Wachsamkeit gegen die politische, wirtschaftliche und militärische Offensive der Supermächte, die unsere nationale Unabhängigkeit bedrohen, erhöhen."

„Der Kampf gegen die beiden Supermächte ist heute die vorrangige Aufgabe für die nordischen Völker. In der Erklärung wird die Jugend aufgerufen, eine aktive Rolle im Kampf gegen die beiden Supermächte zu spielen.

IOC vertagt Entscheidung

Die VR China muss aufgenommen werden

Daß die verbrecherische Tschiang Kaitscheck-Clique aus dem IOC ausgestoßen und die VR China dort ihren legitimen Platz einnehmen muß – das wird eine immer dringendere Forderung der Völker der Welt. Nach Albanien, der VR Korea, Pakistan, Japan, Kuweit und dem Kongo haben in den letzten Wochen auch Algerien, der Iran, Rumänien, Tansania und Senegal entsprechende Anträge an das Internationale Olympische Komitee gerichtet. Auf einem Treffen Mitte Mai in Rom unterstützten der Irak, Marokko, Äthopien, Somalia, Sambia und Jugoslawien ebenfalls diese Forderung.

Mit unverschämten Lügen wie „Sport und Politik haben nichts miteinander zu tun", hatte das IOC jahrelang das reaktionäre Regime Taiwans unterstützt und der VR China ihren rechtmäßigen Sitz in diesem internationalen Gremium vorenthalten. Eine besonders üble Rolle spielte dabei der frühere Vorsitzende der IOC, Avery Brundage, der die Regeln der IOC mißachtete, sich unverfroren in die Angelegenheiten der VR China einmischte und das chinesische Volk beleidigte. Noch immer hat diese reaktionäre Clique Anhänger unter den Führern der IOC: So weigerten sie sich jetzt der berechtigten Forderung vieler Länder nach Ausschluß Taiwans und Aufnahme der VR China in das IOC stattzugeben, sondern versuchten, diese Entscheidung zu verschleppen und zu sabotieren mit Reden wie: „Man muß erst einmal an Ort und Stelle in der VR China und Taiwan die Lage überprüfen." Dahinter steckt nichts anderes als die reaktionäre Theorie „ein Taiwan, ein China" und von den „zwei Chinas", die ein Angriff ist auf das gesamte chinesische Volk.

Doch welche Intrigen diese Herren auch schmieden mögen – die Vertreibung der Tschiang Kaitscheckbande und die Aufnahme der VR China ins IOC werden durch den gerechten Kampf der Völker erreicht werden. Dies ist ein unumstößliches Recht des ganzen chinesischen Volkes und die Hoffnung der Welt und aller Freunde des Sportes.

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

In der Zeit vom 1. 5. bis 31. 5. gingen folgende Spenden für den ROTEN MORGEN bei uns ein:

Buchladen „Roter Morgen", Westberlin, 5. 5., 100 DM – R. L., Idar-Oberstein, 6. 5., 20 DM – M. E., Kitzingen, 10. 5., 50 DM – KSB/ML, TU, Westberlin, 13. 5., 375 DM – S. H., Bochum, 13. 5., 50 DM – Maiveranstaltung OG Freiburg, 14. 5., 53,40 DM – KSB/ML-Büchertisch, Bochum, 16. 5., 30 DM – Mai-Veranstaltung, Frankfurt, 20. 5., 369,50 DM – Pfingstspende einer alten Finkenwerderin, 21. 5., 5 DM – W. K., Essen, 23. 5., 10 DM – Mai-Feier in Kreuzberg, 26. 5., 330 DM – Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Stuttgart, 26. 5., 25 DM – RM-Lesekreis, Flensburg, 26. 5., 20,50 DM – Liesel aus Kempten, 27. 5., 200 DM – W., Selm, 27. 5., 10 DM – F. P., Hamburg, 30. 5., 10 DM – A. D., Wolfsburg, 30. 5., 20 DM – RM-Lesekreis, Wolfsburg, 30. 5., 32 DM.

Insgesamt wurden im Monat Mai DM 1 740 für den ROTEN MORGEN gespendet.

Kurz berichtet

KIEL

Im Mai erschien die erste Nummer von „Der Blitzbrief", Betriebszeitung der KPD/ML für die Bundespost in Kiel. Auch unter den Postlern wächst die Unruhe. Rationalisierung und Arbeitsplatzsicherung bedrohen ihre Arbeitsplätze. „Der ‚Blitzbrief' der KPD/ML stellt ein Bindeglied unter den verstreut liegenden Postbetrieben dar, das die Solidarität der Kollegen herstellen hilft und festigen soll", heißt es in der ersten Nummer der neuen Betriebszeitung.

DER BLITZBRIEF

Betriebszeitung der KPD/ML für die Postbeschäftigten in Kiel

ERDING

Die ROTE GARDE Erding sandte anläßlich des Todes von Julio Alvarez del Vayo eine Beileidsadresse an die FRAP, in der sie den spanischen Genossen ihre Solidarität versichert. In der Beileidsadresse heißt es unter anderem: ‚Von den heldenhaften Kämpfen des spanischen Volkes unter der revolutionären Führung der FRAP sind wir sehr begeistert und möchten einen Beitrag zur Unterstützung Eurer Arbeit und Eures Kampfes leisten. Wir haben in Erding und Wasserburg Veranstaltungen über Euren Kampf durchgeführt und konnten über das Spendenkonto der KPD/ML Euch 300 DM und 200 DM überweisen. Wir werden aber unsere Anstrengungen verstärken."

OBERHAUSEN

Am 22. Mai fand in Oberhausen eine Bezirksveranstaltung der KPD/ML zum 30. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus statt. Zu Beginn der Veranstaltung, die von etwa 35 Genossen, Kollegen und Freunden besucht war, stand das Gedenken an die unzähligen Helden, die im Kampf gegen den Hitlerfaschismus ihr Leben gaben. Ihnen zu Ehren erhoben sich die Genossen und Freunde mit geballten Fäusten zu einer Schweigeminute, es wurde vom AP-Trupp der Trauermarsch „Unsterbliche Opfer" gesungen und gespielt. Im weiteren Verlauf hielt ein Genosse eine Rede, in der er darauf einging, daß heute die Hauptkriegsgefahr von den beiden Supermächten, dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus ausgeht. Im Anschluß an das Referat wurden viele Fragen diskutiert, die von Freunden der Partei gestellt wurden.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde ein Bericht über den Prozeß gegen Genossen Peter Schulte gegeben und eine Protestresolution verabschiedet, die das Vorgehen der bürgerlichen Klassenjustiz anprangert und dem angeklagten Genossen volle Solidarität zusichert. Zur Unterstützung des Prozesses wurden über 155 DM gesammelt.

BERICHTIGUNG

In dem Artikel: „Krise in der Stahlindustrie", RM 22/75, heißt es in der Fortsetzung auf Seite 3 über die Produktion bei Krupp: ‚Die Produktion erhöhte sich jedoch im gleichen Zeitraum, so daß z. B. 1971 28 717 Tonnen Walzstahlerzeugnisse hergestellt wurden und 1974 39 615 Tonnen." Wenn das so wäre, hätte Krupp wohl schon Pleite gemacht. Tatsächlich geben die Zahlen die Produktion in jeweils 1 000 Tonnen an.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Dortmund

Streik gegen die geplanten Massenentlassungen bei SEL

Am 23. und 26. Mai streikten die 500 ausländischen und deutschen Kollegen des SEL-Werkes in Dortmund gegen geplante Massenentlassungen. Auf einer außerordentlichen Vollversammlung dieses Werkes der Standard Electric Lorenz AG, die zum ITT Konzern der USA-Imperialisten gehört, wurde der Belegschaft mitgeteilt, daß ca. 350 Kollegen entlassen werden.



Deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen kämpfen entschlossen gegen die Massenentlassungspläne.

Im Juni dieses Jahres würde der Konzern die Entscheidung treffen. Die Kollegen waren empört. Die Belegschaftsversammlung dauerte 3 Stunden. Dann wurde gestreikt. Geschlossen streikte die gesamte Belegschaft, ausländische und deutsche Kollegen. Sie malten Schilder, auf denen sie ihren Protest zum Ausdruck brachten.

Die Kollegen wissen, daß es hier um ihre Existenz geht. Vielen Kollegen droht zum drittenmal die Entlassung, denn einige von den Kollegen hatten früher bei Graetz gearbeitet und sind dort 1966 entlassen worden. Damals wurden 1 500 Kollegen auf die Straße gesetzt. Als SEL 1967 in Dortmund seinen Betrieb eröffnete, konnten einige von den Kollegen bei SEL Arbeit finden, aber für 300 Kollegen war das nicht von Dauer, denn im Frühjahr 1967 schmiß SEL die Kollegen wieder auf die Straße. Im Jahre 1969 wurde das heutige SEL Werk aufgebaut.

Mit großartigen Versprechungen von sicheren Arbeitsplätzen wurden die Kollegen angelockt, die sich häufig mit Mühe einen Arbeitsplatz gesucht hatten. Jetzt droht ihnen wieder die Entlassung. Diese ständigen Entlassungen, die jedesmal durchgeführt wurden, als sich die kapitalistische Krise verschärfte, zeigen, daß es im Kapitalismus keine sicheren Arbeisplätze gibt.

Wenn die Kapitalisten behaupten, die Entlassungen müßten durchgeführt werden, weil die Post, für die SEL arbeitet, die Inverstitionspolitik reduziert habe, und wenn sie später vielleicht wieder absolut sichere Arbeitsplätze versprechen, so können sie auch damit nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Krise, daß die Arbeitslosigkeit ihre Ursachen im Kapitalismus selbst haben. Die Erfahrungen, die die SEL-Arbeiter gemächt haben, entlarven die Lügen der Kapitalisten.

Der Betriebsrat von SEL, der sich kämpferisch gibt und beteuert: „Wir kämpfen um den Erhalt unserer Arbeitsplätze", versuchte natürlich sofort, Resignation zu verbreiten um die Geschlossenheit der Kollegen zu brechen. So hat er schon praktisch den Entlassungen zugestimmt. Er erklärte: „Sollten die Entlassungen Mitte Juni ausgesprochen werden, dann ist der Sozialplan unser letztes Mittel.' **Gegen solche Verräter müssen sich die Kollegen zur Wehr setzen und entschlossen den Kampf weiterführen. Denn Sozialpläne schützen nicht vor Entlassungen, sondern dienen dazu, sie reibungslos durchzusetzen.**

Eine Kollegin, mit der wir vor dem Tor sprachen, meinte zu uns: „In dieser Woche werden wir den Kampf fortsetzen."

Erwitte

Kampfentschlossenheit führte zum Sieg

Die Arbeiter der Zementwerke Seibel & Söhne in Erwitte haben einen Sieg errungen. Am 27.5. mußte das Arbeitsgericht sämtliche 151 Kündigungen für ungültig erklären. Seibel mußte zusichern, die Produktion wieder in Gang zu bringen.

Unter den Kämpfen gegen Kurzarbeit und Entlassungen steht der entschlossene Kampf der Erwitter Arbeiter beispielhaft da. Von Anfang an haben sie eine entschlossene Front gegen Seibel gebildet. Alles Reden, daß es in der Krise nicht möglich sei, erfolgreich zu streiken, hat ihre Kampfentschlossenheit nicht gemindert. Auch als Seibel das gesamte Werk schließen wollte, ließen sie sich nicht entmutigen, den Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und die Wiederaufnahme der Produktion zu führen. Diese feste Solidarität schaffte weitere Solidaritat über den Betrieb hinaus. Um unmißverständlich klarzumachen, daß sie ihre Arbeitsplätze nicht aufgeben würden, besetzten sie das Werk. Selbst als das Gericht die Kündigungen für unrechtmäßig erklärte, streikten sie wochenlang weiter, bis Seibel nach Verhandlungen Ende Mai die Produktion wieder aufnahm.

Solidarität, Vertrauen auf die eigene Kraft und unbeirrtes Festhalten an ihrem Ziel sind die Grundlagen ihres erfolgreichen Kampfes.

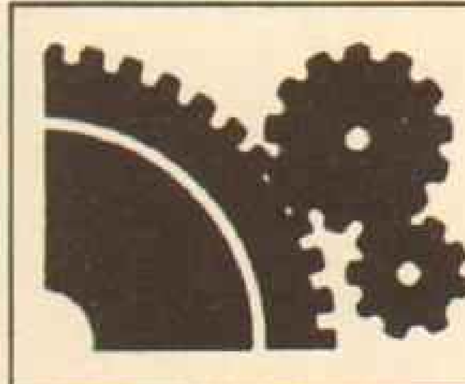
Aber der Kampf ist nicht zu Ende, der Sieg nicht sicher! Das geht aus der Urteilsbegründung her vor, in der es heißt: die Firma habe sich nicht an das Betriebsverfassungsgesetz gehalten.

Nicht die Massenentlassungen sind also unrechtlich, und nicht deswegen muß Seibel die Kündigungen zurücknehmen, sondern weil er einzelne Paragraphen nicht beachtet hat. Massenentlassungen sind keine Willkürmaßnahmen des Unmenschen Seibel, sondern ein gesetzlich verankertes Recht der Kapitalisten. Gerade diese Tatsache, daß Massenentlassungen eine allgemeine Erscheinung des Kapitalismus sind, soll mit dem Urteil vertuscht werden. Die Arbeitsplätze sind auch nach dem Urteil keineswegs gesichert.

Gerade jetzt beweisen Gewerkschaftsapparat und moderne Revisionisten, auf welcher Seite im Kampf sie wirklich stehen. Gleich am 1. Tag nach dem Abbruch des Streiks wiederholten Betriebsrat und D„K"P-Anhänger Borghoff ihren Vorschlag zur Aufstellung eines Sozialplanes. Sie wollen also die „ordnungsgemäße' Abwicklung der Entlassungen unter genauer Einhaltung des Betriebsverfassungsgesetzes vornehmen. **Die Erwitter haben aber nicht gegen Seibels Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz gekämpft, sondern um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, ihre Existenz. Mit ihrem Sozialplan verfolgen Gewerkschaftsapparat und Revisionisten das Ziel, zu verhindern, daß die Arbeiter die Unversöhnlichkeit des Klassenwiderspruches im Kapitalismus erkennen und ihren Kampf nicht nur gegen den einzelnen Kapitalisten, sondern gegen das System selbst richten.**

Bei diesem schändlichen Verrat erhalten sie die Unterstützung der Gruppe Rote Fahne, die sich als KPD ausgibt. Auch sie forderte in ihrer „Roten Fahne" Nr. 16 einen Sozialplan: Seibel soll „Geld rausrücken zur Finanzierung eines Sozialplanes, nach dem alle ihren vollen Lohn bekommen bis zur Rente bzw. bis zur Beschaffung eines gleichwertigen Arbeitsplatzes." Mit ihrem Supersozialplan fallen sie dem Kampf der Kollegen gegen den Abbau ihrer Arbeitsplätze in den Rükken und leiten Wasser auf die Mühlen von Seibel und Borghoff.

Die Erwitter Kollegen müssen ihre Wachsamkeit gegenüber falschen Freunden, insbesondere den Gewerkschaftsführern und modernen Revisionisten noch erhöhen, die sie durch ihre Sozialpläne vom revolutionären Klassenkampf abhalten wollen. Sie müssen weiter kämpfen, bis ihre Forderung nach Erhaltung ihrer Arbeitsplätze voll und ganz gesichert ist.





Arbeiterkorrespondenzen

Roter Betriebsrat gewählt

Vier Wochen vor der Betriebsratswahl fand bei uns im Betrieb, ein metallverarbeitender Betrieb in Mainz, eine Betriebsversammlung statt. Auf dieser Versammlung griff ein Genosse das BVG und die Arbeit des alten Betriebsrates an. Er wies z. B. nach, daß der Betriebsrat durch genaue Einhaltung des BVG die Kollegen beim Streik 1973 für eine Teuerungszulage verraten hatte.

Ein getroffener IGM-Vertreter hetzte sofort gegen den Genossen: „Dies ist ein Rechtsstaat, dies ist unser Staat, und wir wollen ihn so und wir werden ihn auch so verteidigen. Und Leute deiner Couleur werden in diesem Staat keine Chance haben." So bewies der IGM-Vertreter den Kollegen selbst, auf welcher Seite der Gewerkschaftsapparat steht, auf der Seite der Kapitalistenklasse und ihres Staatsapparates.

Als dann die Betriebsratswahlen stattfinden sollten und 3 Genossen sich als Kandidaten aufstellen ließen, weigerte sich der Betriebsrat und der Wahlvorstand, eine persönliche Wahlvorstellung durchzuführen. Die 3 Genossen verteilten deshalb einen Tag vor der Wahl ein Flugblatt mit ihrer Wahlvorstellung. Sie griffen darin den Gewerkschaftsapparat und die modernen Revisionisten der D„K"P an und entlarvten das reaktionäre BVG. Dieses Flugblatt wurde mit großem Interesse von den Kollegen aufgenommen.

Bei der Betriebsratswahl erhielt ein Genosse dann 30%, der zweite 20% und der dritte 13% der Stimmen. Das war ein großer Erfolg, damit war ein Genosse auf Anhieb in den Betriebsrat gewählt worden.

Auf einer Mitgliederversammlung der IGM, die nach der Wahl stattfand, wollten die IGM-Führer den Ausschluß der Genossen aus der IGM vorbereiten. Es erschienen aber außer den 15 Funktionären nur 10 der über 250 Mitglieder. Die Gewerkschaftsbonzen werden natürlich weiter versuchen, die Genossen auszuschließen, was aber keinesfalls kampflos hingenommen wird.

Der Rote Betriebsrat wird seine Funktion ausnutzen, um den Gewerkschaftsapparat, der ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie ist, noch besser anzugreifen und die Kollegen auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen.

Zechenbericht: Dem Staub ausgesetzt

Liebe Genossen! Im letzten ROTEN MORGEN habt Ihr auf Seite 4 über den erfolgreichen Kampf der chinesischen Massen gegen die Ursachen der Silikose berichtet. Ich will jetzt einmal schildern, wie es bei uns auf der Zeche aussieht.

Die größte Staubkonzentration findet man natürlich in den Abbau- und Vorrichtungsbetriebspunkten. Hier wird die Kohle abgebaut, werden die Strecken für Bänder und Transportmaschinen vorgetrieben. Nach dem Schießen ist minutenlang alles vom Staub vernebelt. Die Kumpel schützen sich dadurch, daß sie entweder den Arm vors Gesicht halten, die Jacke über den Kopf ziehen oder den geöffneten Handschuh über die Nase halten. Manche haben auch Staubmasken, aber mit den Dingern kann man in der Hitze (durchschnittlich 35 Grad) praktisch nicht arbeiten.

Während der ganzen Zeit kann man nur ganz flach atmen. Doch schon nach 2 Minuten kommt der Steiger angerannt und treibt die Kumpel wieder an die Arbeit. Absauganlagen wie in der VR China gibt es bei uns nicht. „Der Wetterzug verteilt den Staub schon so, dazu braucht man keine Absauganlagen", sagen die Zechenherren.

Wasservorhänge gibt es bei uns nur in der Kaue zur Duschzeit, aber nicht unter Tage zur Reinigung der Luft. Im Stoß (Wand) lagert sich der ganze Staub ab und wird natürlich auch dort nicht entfernt, ganz im Gegenteil, der Stoß wird noch mit Kalk beworfen, was bei jeder gewollten Explosion einen wahren Kalkregen hervorruft. Es besteht zwar die Pflicht, z. B. beim Laden den abgeschossenen Haufen mit Wasser zu besprengen, aber die Ortshauer machen das meistens nicht, weil sie im Gedinge (Akkord) arbeiten müssen.

Einmal sagte ein Hauer, daß sicherlich die Berufsgenossenschaft wieder Kontrollen mache. Als ich ihn fragte, woher er das wisse, meinte er nur „die Kohle ist so naß". Tatsächlich kam nach einiger Zeit der Steiger mit den Leuten der Berufsgenossenschaft.

Viele Kumpel mußten die Arbeit schon wechseln oder die vorzeitige Rente einreichen, weil der Staub sie frühzeitig kaputt gemacht hat. Zwar schwafeln die Zechenkapitalisten von „Humanisierung der Arbeitsplätze' und erklären scheinheilig: „Arbeitet mit Wasser". Das ist aber reiner Zynismus. Sie stellen das dann auch noch so hin, als wären die Kumpel selber dran schuld, wenn sie eine Staublunge haben. Die paar Beispiele zeigen wohl deutlich genug, wie der Kumpel durch die Ausbeutung hier im Kapitalismus immer dem tödlichen Staub ausgesetzt ist und nicht wie im sozialistischen China sein Leben geschützt und erhalten wird.

Rot Front!

Ein Kumpel aus Dortmund

WARTEN AUF ARBEITSLOSENGELD

„Ich habe bei Ihnen ca. am 20.1.75 einen Antrag auf Arbeitslosengeld mit zwei Arbeitgeberbescheinigungen eingereicht. Arbeitslos habe ich mich am 15.1.75 gemeldet." So beginnt der Brief eines Sympathisanten an das Arbeitsamt. Seit 3 1/2 Monaten ist er arbeitslos und hat kein Arbeitslosengeld erhalten. Nachdem er umgezogen war und immer noch kein Geld kam, obwohl er den Umzug gemeldet hat und mehrere Zahlungsaufforderungen geschrieben hat, forderte er Akteneinsicht. Er schreibt: „Die letzte Aufforderung erging an Sie am 24.4.75. Sie haben es also ca zwei Monate nicht für nötig befunden, irgendwelche Mitteilungen an das Arbeitsamt in...zu machen. Aufgrund Ihrer Versäumnisse bin ich seit vier Monaten auf Sozialhilfe angewiesen. Dies hatte zur Folge, daß ich in große finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten bin. Ich befinde mich schon seit Monaten in Miet- und Kreditrückstand."

Genau wie es diesem Sympathisanten ergangen ist, haben viele Kolleginnen und Kollegen das gleiche erlebt. Die Arbeitsämter sind Teil des Staatsapparates, die die Arbeiter verschachern und die in solchen schweren Zeiten die Gelder der Arbeiter auch noch verspätet auszahlen, für die die Arbeiter jahrelang Sozialversicherungsbeiträge zahlen mußten, während die Kapitalisten mit Milliarden Subventionen vollgepumpt werden.

Revisionistisches

„CHEWING GUM?"

Korrespondenz. In diesem Frühjahr fuhr meine Mutter auf Einladung von Bekannten mit einer Touristengruppe für ein paar Tage nach Moskau. Nach ihrer Rückkehr erzählte sie mir jetzt von einem Erlebnis, das ihr sehr zu denken gegeben hatte.

Als die Touristengruppe auf der Straße spazieren ging, wurde sie von mehreren Moskauer Jugendlichen angesprochen mit den Worten: „Chewing Gum? Chewing Gum?" Diese Jugendlichen waren offensichtlich darauf aus, Touristen um amerikanisches Kaugummi anzubetteln, das in der Sowjetunion zu Höchstpreisen gehandelt wird, wie alles, was zu dem verrotteten „american way of life" dazu gehört.

Besonders bezeichnend war der Einfall der Jugendlichen, sich dieses Zeug zu ergattern, indem sie es eintauschen wollten gegen kleine Anstecknadeln, die einen Sowjetstern darstellten. Dieses Erlebnis zeigt: Der Sowjetstern – unter Lenin und Stalin Symbol der Diktatur des Proletariats ist unter den Revisionisten Chruschtschow und Breschnew, die den Kapitalismus in der Sowjetunion wieder hergestellt haben, zu einem Tauschobjekt geworden – nicht mehr oder weniger wert als ein amerikanisches Kaugummi.

LEIPZIGER ZEITUNGSLESER ERFAHREN NUR DIE HALBE WAHRHEIT

Die Leipziger Volkszeitung veröffentlichte am 5.5. die Wahlergebnisse von NRW. Es fehlen gegenüber früher die Zahlen für die D'K'P, die durchschnittlich 0,35%, in Wahlkreisen, wo die KPD/ML kandidierte, o,66%, Stimmen verlor. Dieses Wahlergebnis paßt den Revisionisten nicht in ihr Konzept des „friedlichen Weges zum Sozialismus" über die Eroberung des bürgerlichen Parlaments.

UZ-REKLAME

Klarer als mancher Kommentar zeigt die nachstehende Zeichnung aus der „UZ", Zeitung der D„K"P, vom 31. 5. 75, was die Revisionisten in Wahrheit damit meinen, wenn sie tönen: „UZ – Zeitung der werktätigen Bevölkerung".



UZ — für alle, die arbeiten.

„EIN PARADIES FÜR DIE SÖHNE DER BOURGEOISIE"

Die Sowjetunion – das Land der unbegrenzten Möglichkeiten! Allerdings nicht für das Proletariat, dessen Herrschaft die neuen Kremlzaren zerschlagen haben, sondern für die Bourgeoisie. Die französische Schauspielerin Marina Vlady – sie spielt z. Z. in einem Film die Rolle einer Frau, die das Leben, den Wein und die Männer liebt, soviel nur zu ihrer „proletarischen Ideologie" – kann sich in einem Interview für eine Modezeitschrift gar nicht genugtun über die Errungenschaften der UdSSR. „Jeder hat das Recht, sich eine Datscha zu kaufen, wenn er die Mittel hat." Oder: „Die Ausbildung in der Sowjetunion ist unübertroffen für jemanden, der etwas werden will." Für ihre Söhne gar, so Marina Vlady, sei die Sowjetunion „das Paradies". Für die Söhne der alten und neuen Bourgeoisie – sicherlich!

Bosch: Gruppenmontage statt Fließbandarbeit

Humanisierung des Arbeitsplatzes? Verschärfte Ausbeutung!

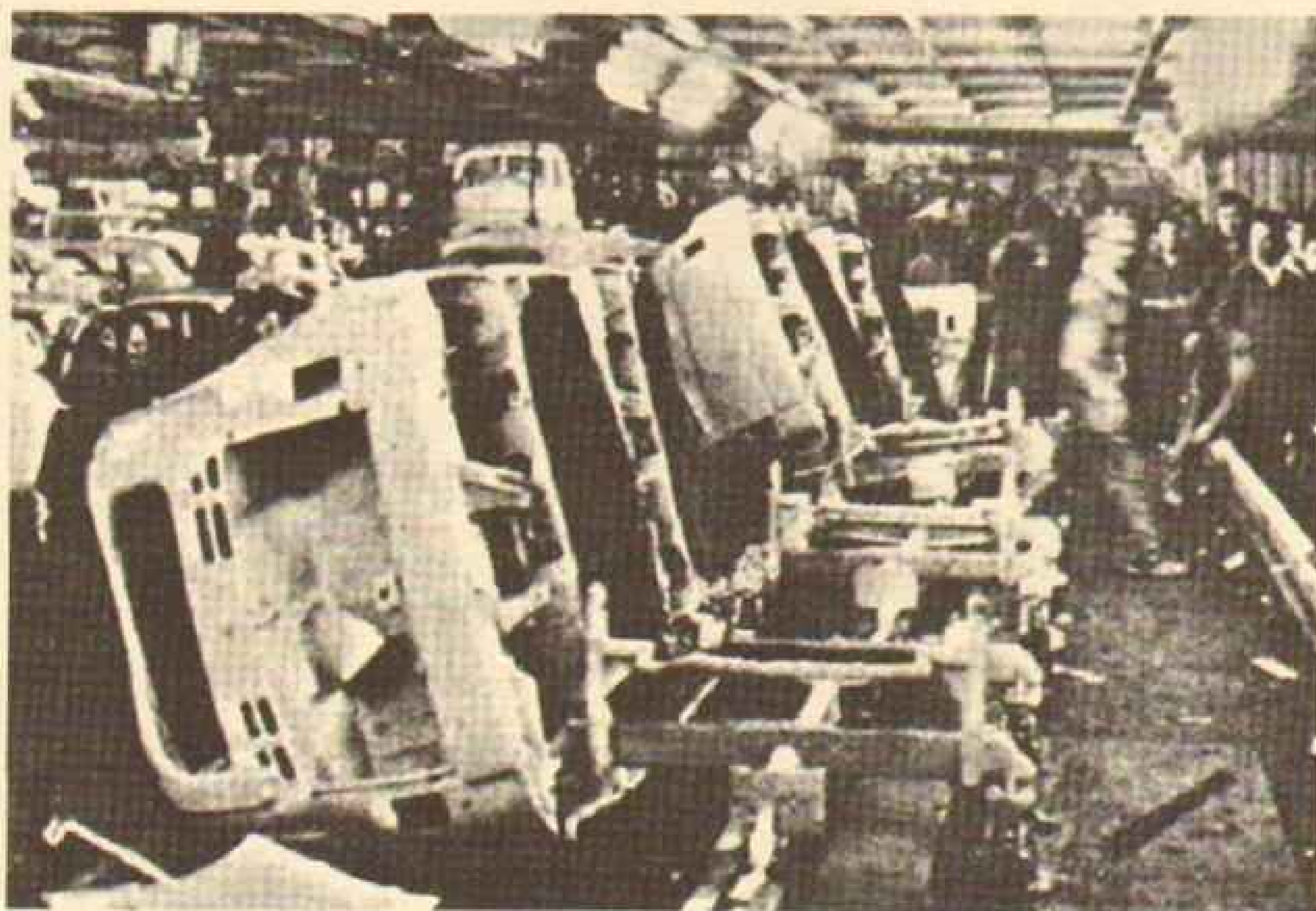
In sechs Bosch-Werken soll jetzt die Fließbandarbeit für die Kollegen versuchsweise aufhören. Stattdessen werden mehrere Kollegen zu kleinen Montagegruppen zusammengefaßt, die gemeinsam größere Einheiten an den Fernsehern, Radios und Geschirrspülern montieren. Die Gruppen holen sich die Geräte nach Bedarf von den Lagerzonen zwischen den Montageplätzen. Den Kollegen, die von der Bandarbeit zermürbt sind, soll die Gruppenmontage als „Revolution am Arbeitsplatz" verkauft werden: Ihnen werden mehr Erfüllung bei der Arbeit und größere Selbständigkeit, bessere soziale Kontakte untereinander, kurz menschlichere Arbeitsbedingungen versprochen.

Die gleichen Kapitalisten, die die Fließbandsklaverei eingeführt haben, sollen sie heute aus Menschlichkeit wieder abschaffen? Nehmen wir ihre menschenfreundlichen Methoden unter die Lupe:

Die Einführung der Fließbandsklaverei brachte den Kapitalisten eine wahre Profitexplosion. Sie ermöglichte es 1911 Henry Ford, die Autoproduktion schlagartig von 200 auf 1 000 Stück pro Tag zu erhöhen. Diese Erhöhung der Produktion wurde möglich durch die Zerlegung des Produktionsprozesses in kleinste Bestandteile, die auf die Maschine und möglichst viele Arbeiter verteilt wurde. Dadurch ließ sich nicht nur die Produktion enorm erhöhen, gleichzeitig wurde der Lohn für diese „leichte" Arbeit drastisch gesenkt. Mit einem Knopfdruck läßt sich die Bandgeschwindigkeit steigern und die ganze Kolonne zu immer höheren Leistungen zwingen.

Heute aber sprudelt diese Profitquelle nicht mehr so reichlich wie früher. Vor etwa 2 Jahren stellte bereits Volvo in Schweden von Fließband- auf Gruppenmontage um. Anlaß dazu waren nackte Profitkalkulationen. Jeder zweite Kollege hatte spätestens nach 12 Monaten die Nase voll vom Volvo-Fließband und wechselte den Arbeitsplatz. Rund 19% fehlten täglich wegen Krankheit (gegenüber „normal" 6% in der Autoindustrie). Der Ausschuß durch Montagefehler lag sehr hoch (Er verringerte sich später durch die Umstellung auf Gruppenmontage um 55%). Sabotage und Streiks am Band, die die gesamte Produktion lahmlegten, häuften sich.

Allein diese Tatsache, daß sich durch die Fließbandproduktion der Profit nicht mehr im gleichen Ausmaß wie früher steigern läßt, ist die Ursache dafür, neue Produktionsmethoden einzuführen. Aus Profitgier führten die Kapitalisten das Fließbandsystem ein, aus Profitgier schaffen sie es heute wieder ab!



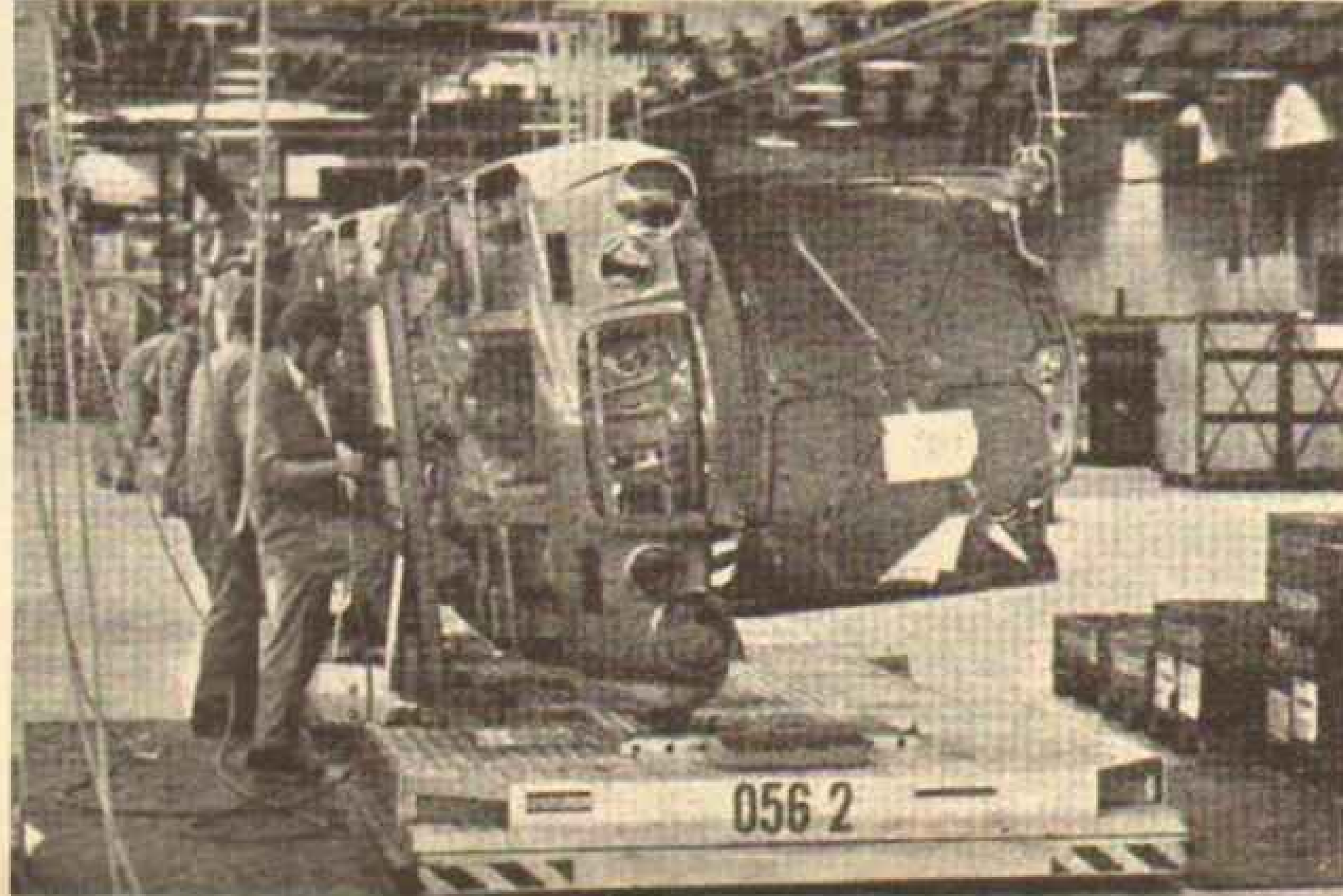
Zerstörtes Fließband nach einem Streik bei Fiat in Turin.

„Ihr habt recht", wird mancher sagen. „Die Kapitalisten machen nichts aus Gnade, sondern alles nur wegen des Geldes. Aber wenn ich bloß nicht mehr ans Band muß, ist es mir egal, warum die Kapitalisten es abschaffen."

Nein, Kollege, das kann Dir nicht egal sein! Du willst nicht am Fließband arbeiten, weil Du merkst, wie Du dabei kaputt gehst, weil Du nicht zum Knecht einer Maschine gemacht werden willst, sondern weil Du Herr über Deine Arbeit sein willst.

Befreit Dich die Gruppenmontage aus Deiner Knechtschaft? Du machst statt einem Handgriff jetzt mehrere und Dein Arbeitstempo wird Dir nicht mehr vom Band vorgeschrieben. Hat damit die Arbeitshetze aufgehört? Was ist denn so neu an der Gruppenmontage? Schon lange hat es neben der Bandarbeit die Arbeit im Gruppenakkord gegeben in Arbeitsbereichen, wo Bandmontage nicht möglich ist. Auch für diese Kollegen nimmt die Arbeitshetze ständig zu, sind die Methoden, den Akkord zu erhöhen immer brutaler und ausgeklügelter geworden. Die Gruppenmontage behält das System des Gruppenakkords bei. Durch die Aufspaltung in einzelne Montagegruppen wollen die Kapitalisten die Konkurrenz unter den Arbeitern verschärfen: eine Gruppe soll gegen die andere ausgespielt werden, die Kollegen einer Gruppe sollen sich untereinander zu Höchstleistungen antreiben, um mit den anderen mitzuhalten.

Steigerung der Arbeitshetze durch verstärkte Spaltung der Arbeiterklasse, das steckt eigentlich hinter den Redensarten von der „freien Gestaltung des Arbeitsrythmus" und dem „Aufbau sozialer Kontakte" zwischen den Kollegen, das ist der Kern der Gruppenmontage.



Gruppenmontage bei Volvo: Neue Methoden der Ausbeutung.

Und bist Du Herr über Deine Arbeit geworden? Wirst Du gefragt, was und wie produziert werden soll? Kannst Du bestimmen, was mit Deiner Arbeit wird?

Gewerkschaftsführer in Schweden und bei uns preisen die großen Entfaltungsmöglichkeiten bei der Gruppenmontage. Und die D„K"P stimmt sogleich in das Loblied auf diese Ausbeutungsmethode mit ein, komponiert aber eine eigene „marxistische" Melodie: Die Abschaffung der Fließbandarbeit ist ein Schritt bei der Überwindung der „Entfremdung" des Menschen im kapitalistischen Produktionsprozeß. **Bewußt täuschen sie darüber weg, daß nicht die Zerlegung des Produktionsprozesses in einzelne Arbeitsgänge die Entfremdung verursacht, sondern daß der Arbeiter nicht Herr über die Produktion ist, daß er nicht für sich, sondern für den Profit des Kapitals arbeitet, dem er seine Arbeitskraft verkaufen muß.** Daran ändert die Gruppenmontage nicht das Geringste. Es bleibt dabei, daß Dir vorgeschrieben wird, was Du tun mußt ... und „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie ja gehen!"

Die Gruppenmontage schafft die Ausbeutung nicht ab, sie ersetzt nur eine Methode durch eine andere. Um herauszufinden, welche die profitabelste ist, läßt Bosch jetzt die Versuchsserie anlaufen. Für diese Versuche, die als „Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens" getarnt werden, erhält Bosch vom Bundesforschungsministerium 16,5 Millionen DM. So können die Kapitalisten mit Hifle von Steuergeldern ihre Ausbeutungsmethoden verschärfen.

Darum ist es nicht egal, aus welchen Gründen die Kapitalisten die Fließbänder abschaffen. Was sie sich auch ausdenken, es dient immer dazu, ihren Profit zu erhöhen. Das können sie nur dadurch, daß sie die Ausbeutung der Arbeiter verschärfen und mehr Arbeit aus ihnen herauspressen. Ihre Methoden können niemals zugleich ihre Profite erhöhen und uns von der kapitalistischen Ausbeutung befreien. **Solange die Herrschaft des Kapitals bestehen bleibt, solange bleibt unsere Arbeit Lohnarbeit. Noch so viel Humanisierungsgerede macht aus Lohnsklaven keine freien Arbeiter.**

Wenn sie uns heute mit dem Märchen von der „Revolution am Arbeitsplatz" in den Ohren liegen, dann hoffen sie damit, dem wachsenden revolutionären Klassenkampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrükkung die Spitze abzubrechen und unsere Lohnsklaverei zu verewigen.

Vom Aufbau des Sozialismus

DER CHINESISCHE ARBEITER – HERR DER FABRIKEN

Während in den kapitalistischen Ländern der technische Fortschritt für die Arbeiterklasse verschärfte Ausbeutung, Arbeitshetze, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bedeutet, profitieren im sozialistischen China die Arbeiter von der Weiterentwicklung der Produktion. Genossen der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten, die vor einigen Jahren die VR-China besuchten, berichteten darüber:

„Es gab keine Stechuhr am Eingang. Als wir fragten, ob es keine Stechuhren in den Fabriken gäbe, die wir besucht hatten, mußten wir sehr lange erklären, was wir meinten. Die chinesischen Genossen verstanden nicht, was wir meinten, denn sie hatten niemals eine gesehen. Wir mußten bis Tientsin fahren, in das Museum über kapitalistische Greueltaten in China vor der Befreiung, um eine zu entdecken, die in einer Vitrine als Folterinstrument ausgestellt war!

Wir haben weiter festgestellt, daß die höllische Arbeitshetze den chinesischen Arbeitern unbekannt ist. Die Atmosphäre in den Betrieben ist gekennzeichnet durch Ruhe, Ernsthaftigkeit und das Fehlen jeglicher Überstürzung. Es gibt weder Antreiber noch Zeitnehmer: Die Arbeiter selbst bestimmen, wieviele Werkstücke sie anfertigen können. In einer Schlachterei in Wouhan, wo am Fließband gearbeitet wurde, war das Arbeitstempo etwas rascher: Wir fragten die Arbeiter und erfuhren, daß alle anderthalb Stunden das Band für 30 Minuten stillsteht, das heißt, daß die Arbeiter täglich nur 6 1/2 Stunden arbeiten bei einem Lohn für 8 Stunden. Wir müssen hinzufügen, daß es bei schweren Arbeiten noch besondere Arbeitsbedingungen gibt: Bei den Arbeitern, die die Schweine mit elektrischen Sägen zerlegen, gibt es drei Schichten zu drei Mann, jede arbeitet 20 Minuten und ruht sich dann 40 Minuten aus, während die beiden anderen Schichten an der Reihe sind. (...)

Entlassungen sind ebenfalls streng verboten. Die chinesischen Genossen, die wir fragten, ob schon einmal Entlassungen vorgekommen seien, antworteten kurz:

„Sowas gibt es nicht bei uns!"

Und auf unsere Frage:

„Und wenn es neue Maschinen gibt und weniger Arbeitskräfte gebraucht werden?"

„Dann wird die Arbeitszeit verkürzt oder die Arbeiter in andere Bereiche versetzt, aber es gibt keine Arbeitslosen. Wenn jemand die Fabrik verläßt, dann nur, weil er an einer anderen Stelle gebraucht wird."

„Und wenn ein Arbeiter Fehler macht?"

„Dann wird diskutiert. Wenn es sich um einen technischen Fehler handelt, dann ruft man einen Techniker oder einen anderen Arbeiter, der hilft. Wenn es sich um einen politischen Fehler handelt, z. B. um Unaufmerksamkeit aus mangelnder Berufskenntnis, so studiert man mit ihm „Dem Volke dienen" des Vorsitzenden Mao. Es soll nicht kritisiert, sondern erzogen werden."



Ein weiteres bezeichnendes Beispiel für das gute Verhältnis zwischen den Revolutionskomitees und den Arbeitern ist die Art und Weise, wie die Entscheidungen bezüglich der Entwicklung des Unternehmens, vor allem der Jahrespläne für die Fabrik, gefällt werden. Auf der Grundlage des Staatsplanes und der Vorschläge der Arbeiter erarbeitet das Revolutionskomitee einen Plan. Dieser Plan wird fortwährend verbessert durch Diskussionen auf allen Ebenen, an denen alle Arbeiter teilnehmen. In einer Fabrik in Schanghai sagte uns der Vorsitzende des Revolutionskomitees, ein junger Arbeiter von 23 Jahren: „Es genügt nicht, wenn die Arbeiterklasse die Macht ausüben will, daß auf allen Leitungsposten Vertreter der Arbeiter sitzen. Es ist notwendig, daß die Arbeitermassen an den Entscheidungen direkt beteiligt sind. Das ist die einzige Möglichkeit, daß die Arbeiterklasse ihre führende Rolle wirklich spielen kann ..."

71. Tagung des RGW

Moskau verstärkt Ausplünderung

Ende April wurde in Moskau die 71. Tagung des Exekutivkomitees des „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) abgehalten. Diese Tagung fand nach sorgfältigen Vorbereitungen statt. Zuvor bereits waren in verschiedenen Städten der revisionistischen Länder Versammlungen mehrerer Gremien des RGW abgehalten worden, auf denen die Vorstellungen Moskaus über die Koordinierung der Pläne und Ziele der nächsten Fünfjahrperiode für die Industrieerzeugung wie für den Außenhandel usw. bereits durchgesetzt wurden. Noch kurz vor der 71. Tagung reiste dann der Sekretär des RGW, Faddejew, in einige Hauptstädte der anderen revisionistischen Länder und machte die Tagesordnung der Tagung klar.

In einem Kommentar zu dieser Tagung entlarvt Radio Tirana den wahren Charakter des RGW.

Die sowjetischen Sozialimperialisten hatten anläßlich dieser Tagung ihre Propaganda verstärkt, die beweisen sollte, daß diese „Koordinierungsmaßnahmen" in erster Linie im Rahmen der sogenannten „Hilfe" erfolgen, die die Sowjetunion angeblich den anderen Ländern der Gemeinschaft erteilt und daß diese Maßnahmen nur dank dieser Hilfe „harmonisch" durchgeführt werden können. Die TASS behauptete sogar, daß die „enge Zusammenarbeit innerhalb des RGW" eine entscheidende Vorbedingung für die beständige wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines jeden RGW-Mitgliedslandes sei.

In dem Kommentar von Radio Tirana wird entlarvt, daß die Maßnahmen der sowjetischen Sozialimperialisten im Rahmen der sogenannten „Hilfe" tatsächlich brutale Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen RGW-Länder und unbarmherzige Ausbeutung der Naturvorkommen dieser Länder mit der Mühe und dem Schweiß der Werktätigen bedeuten. „Die propagandistische Nebelwand von Gleichheit, Gleichgewicht im wirtschaftlichen Niveau, unbeschränkter Hilfe und anderem", heißt es in dem Kommentar, „soll den neokolonialistischen Charakter der Beziehungen tarnen, die die Sowjetunion den anderen Mitgliedsländern des RGW aufgezwungen hat, und soll die Öffentlichkeit betrügen, damit die koloniale Abhängigkeit dieser Länder von der Sowjetunion verstärkt werden kann.

Auf dieser Tagung und auf der Sitzung des Komitees über Fragen der Planung, die Ende März abgehalten wurde, wurden die neuen Maßnahmen zur Koordination der Wirtschaftspläne für die Zeitspanne 1976 bis 1980 festgelegt. Mit einem Wort, jedes RGW-Mitglied ist von nun an gezwungen, bei der Ausarbeitung und Billigung der Wirtschaftspläne in erster Linie die Interessen der Gemeinschaft zu berücksichtigen, d. h. die Interessen der Sowjetunion. Die Entwicklung der Wirtschaft dieser Länder wird nicht im Einklang mit den Forderungen und Interessen der werktätigen Massen erfolgen, sondern mit denen der sowjetischen Metropole. In diesen Ländern sollen die Zweige entwickelt werden, deren Produkte für die sowjetischen „Schutzherren" von Interesse sind. Die Objekte, die während dieser Zeit errichtet werden, werden in Wirklichkeit Filialen der entsprechenden Unternehmen der Sowjetunion sein. Sie werden nicht in der Lage sein, eine unabhängige Tätigkeit zu entfalten, sondern eine Tätigkeit, die entweder von den sowjetischen Rohstoffen oder von den Brennstoffen, Ersatzteilen und anderen Materialien aus der Sowjetunion abhängig ist, denn all dies ist in den unzähligen Abkommen über die Kooperation und die Spezialisierung der Produktion vorgesehen.

Bis jetzt hat Moskau durch diese Methoden die Produktion der Textil- und Chemieindustrie und den Schiffsbau Polens und der DDR, die Produktion der Automobil- und Bauxitindustrie Ungarns, der Maschinenbauindustrie, der Uran- und Kraftfahrzeugbauindustrie der Tschechoslowakei, die Erzförderung, die Agrarproduktion Bulgariens und anderes ausgenutzt.

Andererseits verweist die gegenwärtige Tagung in Moskau eindeutig darauf, daß die sowjetischen Schutzherren weitere Opfer von ihren Satellitenländern fordern, daß sie die Last der Krisen und Schwierigkeiten auf ihre Schultern abwälzen. Es ist nicht allzu lange her, da beschloß Moskau die Preiserhöhung für Erdöl und einige andere Rohstoffe, die es den RGW-Ländern liefert, und schon verlangt die Sowjetunion neue Mittel für die Entwicklung der Brennstoff- und Energiegrundlage. Mit einem Wort: die Investition von weiteren Millionen Mark, Kronen, Lewa usw. in der sowjetischen Wirtschaft.

Seit dem Jahr 1966, als die Sowjetunion 4 Milliarden Kronen von der Tschechoslowakei für die Erdölindustrie erhielt, reihen sich die Investitionen aus der DDR, Polen und den anderen RGW-Ländern in der Sowjetwirtschaft von Jahr zu Jahr. Für die Kombinate in Kursk und Ust-Ilim, Kiembay und Archangelsk, für die Öl- und Gasleitungen treffen aus diesen Ländern pausenlos Maschinen und Ausrüstungen und sogar auch Menschen der verschiedensten Fachrichtungen ein. Der ständige Vertreter der Tschechoslowakei im RGW, Rohlitschek, gab im Februar dieses Jahres zu, daß sein Land sich am Bau von etwa 30 großen Industriekomplexen auf sowjetischem Territorium mit gemeinsamen Kräften beteilige.

Die sowjetischen Sozialimperialisten behaupten, daß die Errichtung dieser Objekte den RGW-Ländern eine regelmäßige Versorgung sichert und daß sie dadurch von der internationalen Marktlage unabhängig seien. In der Tat aber werden sie nach den von der Sowjetunion aufgezwungenen Abkommen von ihr weniger Produkte erhalten, als die investierten Beträge ausmachen. Die Sowjetunion nutzt längere Zeit diese Kredite aus ohne jegliche Gegenleistung. Andererseits wird durch die Errichtung dieser Betriebe die Abhängigkeit der Satellitenländer von der sowjetischen Metropole stark zunehmen und Moskau wird in der Lage sein, so vorzugehen, wie zu Beginn dieses Jahres, als es willkürlich die Erdöl- und Erdgaspreise um das Doppelte erhöhte.

Die bisherige Praxis hat andererseits gezeigt, daß das Öl und das Gas, das durch die gemeinsam von den RGW-Ländern errichteten Öl- und Gasleitungen fließen, in die Deutsche Bundesrepublik und in andere westliche Länder gehen. Die Sowjetunion hat Mittel für die Metallwerke von Kursk erhalten und fordert weitere Mittel, sie verpflichtet sich aber, die Produkte in die Deutsche Bundesrepublik zu schikken. Sie fordert kollossale Mittel für Atomzentralen und verpflichtet sich, die Energie in die Deutsche Bundesrepublik zu schicken. Sie reißt große Mittel für Gas- und Chemieerzeugung an sich und verpflichtet sich, die französischen Firmen mit Gas- und Chemieerzeugnissen zu versorgen.

Die letzten RGW-Treffen waren also Bestandteil der zunehmenden Maßnahmen, um das Diktat, die Ausbeutung und den neokolonialistischen Raub der Moskauer Herren gegenüber den Satellitenländern zu verstärken. Heuchlerische und betrügerische Phrasen können diese bittere Wahrheit nicht vertuschen."

Abonniert



Abonnement 1/4 Jahr 12,– DM
Einzelheft 2,– DM

Bestellungen an:

Rotfront-Verlag
23 Kiel 1, Postfach 3746

'Friedensfahrt'

Sowjetische Sportler ausgepfiffen

Alljährlich führen die revisionistischen Länder DDR, CSSR und Polen ein internationales Radrennen, die sogenannte „Friedensfahrt" durch. Wie die gesamte revisionistische Presse, so berichtete ebenfalls die „UZ", Zeitung der D„K"P, Tag für Tag ausführlich über dieses „Friedensrennen", um auch auf diese Weise dazu beizutragen, die Unterjochung der osteuropäischen Länder unter den sowjetischen Militärstiefel zu vertuschen.

Doch warum berichtete die „UZ" nicht über die Vorfälle in Warschau, die sich abspielten, als die Fahrer in der Stadt eintrafen?

Gerade die alljährliche „Friedensfahrt", die durch die DDR, die CSSR und durch Polen führt, soll zeigen, daß es angeblich keine Widersprüche im Herrschaftsbereich des sowjetischen Sozialimperialismus gäbe, sondern Freundschaft und Verständigung herrsche. So preist die „UZ" in ihrer Berichterstattung: „Dazu kommt noch der nie abreißende Zuschauerjubel am Straßenrand, der dieses sportliche Ereignis wirklich in Coubertins Sinne zu einer ‚olympischen' – sprich völkerverständigenden – Veranstaltung macht."

Die Tatsachen strafen die modernen Revisionisten Lügen! Eine Million Sowjetsoldaten in den Ländern Osteuropas, die dort die Vorherrschaft der Neuen Kremlzaren gewaltsam gegen die osteuropäischen Völker aufrechterhalten und festigen – das ist die Wirklichkeit, die mit jedem Tag mehr den Zorn der Völker dieser Länder auflodern läßt. Das zeigte sich auch bei der letzten Etappe der sogenannten „Friedensfahrt" von Lodz nach Warschau, wo die Bevölkerung ihre Gefühle gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zum Ausdruck brachte.

Den sowjetischen Radfahrer Lichatschow empfingen die Einwohner Warschaus mit Pfiffen. Dasselbe taten sie auch, als im Stadion der Hauptstadt die sowjetische Nationalhymne gespielt wurde. Diese Demonstration der Einwohner Warschaus gefielen der polnischen revisionistischen Propaganda natürlich keineswegs. Dreimal hintereinander drückte der Ansager des Warschauer Fernsehens sein Bedauern darüber aus und die revisionistische Zeitung „Tribuna Ludu" bezeichnete die Demonstration des Warschauer Publikums als einen Akt von Rowdys und Vagabunden.

Während so die polnische Propaganda offen gegen die Warschauer Bevölkerung und ihre berechtigten Gefühle im Kampf gegen die sozialimperialistische Knechtung anpöbelt – glaubt die „UZ" durch Verschweigen der Tatsachen ihre revisionistische Lüge von der „Völkerverständigungsfahrt" weiterhin verbreiten zu können. Offensichtlich in der Hoffnung, daß die Wahrheit hier nicht bekannt wird. Aber es ist wie der Volksmund bei uns sagt: Lügen haben kurze Beine!

Aus Peking Rundschau 19/75 von Hsin Yü

Wie die politischen Drahtzieher arbeiten

Vor kurzem veröffentlichte die sowjetische Zeitung ‚Komsomolskaja Prawda' einen Brief von drei sowjetischen Soldaten, die kurz vor dem Abrüsten an die Redaktion geschrieben hatten. In ihrem Brief heißt es, daß sie für die Zeit nach dem Militärdienst eine Arbeit suchten, bei der sie eine Menge Geld verdienen könnten. Sie seien drei kräftige junge Männer und erfahrene Bauarbeiter. Sie drei könnten für sieben arbeiten und sie hofften, durch ehrliche Arbeit so viel zu verdienen, um sich ein Auto kaufen zu können, wenn sie nur gutbezahlte Arbeit fänden.

Die Zeitung bemühte in ihrem Antwortschreiben einen Doktor der Ökonomie, der ihren Wunsch, viel zu verdienen, in den höchsten Tönen lobte. Er schrieb beifällig: „Wenn junge Leute viel verdienen wollen, so ist das ihr gutes Recht." „Sie können nur von allen bewundert werden", und fügte hinzu: „Ein wichtiges Prinzip unserer Gesellschaft ist: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung!' " Dieser Doktor der Ökonomie, der offensichtlich sehr viel vom Geld hält, nahm dieses Prinzip zum Vorwand, um die Burschen zu ermutigen, nach möglichst hohem Verdienst zu streben.

Beim Lesen der Tiraden dieses Doktors erinnert man sich unwillkürlich an ein historisches Ereignis in der Sowjetunion kurz nach dem Sieg der Oktoberrevolution.

Am 17. Mai 1919 erschien in der „Prawda" ein Artikel mit dem Titel „Arbeit auf revolutionäre Art". Er schilderte, wie sich die Kommunisten und die revolutionären Massen eines Unterbezirks der Moskau-Kasaner Eisenbahnlinie organisierten, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen und das Tempo des sozialistischen Aufbaus zu beschleunigen. Sie arbeiteten jeden Samstag fünf Stunden ohne Bezahlung. Auf dem Weg zu den Werkhallen und Bauplätzen sangen sie stolz die Internationale. Sie arbeiteten hart und selbstlos. Sogar ihre Mahlzeiten – ein halbes Pfund Brot –, die sie sich wahrlich verdient hatten, bezahlten sie aus ihrer eigenen Tasche. Diese Bewegung verbreitete sich bald in anderen Städten des Landes. Sie wurde bekannt als „kommunistische Subbotniks (Samstage)" ohne Bezahlung. Der große Lehrer der Revolution Lenin begrüßte sie als eine „große Initiative", „. . . **in Form unentgeltlicher Arbeit, die in breitem Rahmen für die Bedürfnisse des gesamten Staates organisiert wird, etwas ganz Neues . . . , was mit allen alten kapitalistischen Regeln in Widerspruch steht, etwas noch Höheres als die sozialistische Gesellschaft, die den Kapitalismus besiegt."** (Lenin: „Referat über die Subbotniks").

Jetzt, ein halbes Jahrhundert später, gibt eine andere, sich ebenfalls „Prawda" nennende Zeitung eine ganz andere Antwort auf die Frage „Wofür arbeiten?" Mit den „kommunistischen Subbotniks" förderte Lenin zu seiner Zeit den kommunistischen Geist und nahm einen kompromißlosen Kampf gegen die absterbenden alten kapitalistischen Gewohnheiten und Traditionen auf, die nicht aufhörten, das Denken der arbeitenden Menschen zu vergiften. Mit den kapitalistischen Ideen von „höherem Verdienst", „für gute Bezahlung arbeiten" und „einen hohen Gewinn machen" vergiftet und korrumpiert heute die sowjetrevisionistische Renegatenclique die Gedanken der breiten Massen der sowjetischen Arbeiter und Bauern, mit ein paar Rubel geködert, sollen sie sich für die bürokratische Monopolbourgeoisie zu Tode rackern. Was für ein Gegensatz! Er markiert genau die Grenzlinie zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus.

Es ist ein Hohn, daß in der heutigen Sowjetunion, in der der Kapitalismus auf der ganzen Linie restauriert worden ist, ständig von „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" als dem Prinzip der Verteilung in der sowjetischen Gesellschaft von heute geredet wird. Sicherlich, das ist das sozialistische Prinzip der Verteilung. Aber in der heutigen Sowjetunion, in der der Revisionismus an der Macht ist, ist das sozialistische Gemeineigentum längst zu einem Eigentum des bürokratischen Monopolkapitals heruntergekommen. Eine Handvoll neuer Bourgeois, die die Produktionsmittel monopolisieren, konzentriert gleichzeitig die Macht über die Verteilung von Konsum- und anderen Gütern in ihren Händen. In einem solchen kapitalistischen System pressen einige wenige bürokratische Monopolkapitalisten den Mehrwert aus den Werktätigen, für ihren eigenen Luxus. Die Werktätigen dagegen sind darauf reduziert, Lohnsklaven zu sein. Was da praktiziert wird, ist eine Verteilung „proportional zum Kapital und zur Macht, die jeder hat". Allein um die Massen zu betrügen, existiert das Prinzip „jedem nach seiner Leistung" in Worten weiter.

Es bleibt der Vorstellungskraft jedes einzelnen überlassen, ob der Traum der drei „kräftigen jungen Leute" wahr wurde. Eines aber ist sicher: Solche wie diese gibt es Abertausende in der Sowjetunion. Mit Ausnahme einiger weniger, die durch die Macht der Beziehungen aufsteigen, hohe Gehälter beziehen und Privilegien genießen, wird die überwältigende Mehrheit zu nichts anderem als zu Lohnsklaven, von den neuen Kapitalisten ausgebeutet und unterdrückt. Und das ist es auch, was Breschnew und seinesgleichen beabsichtigen, wenn sie junge Leute zu solch mühseliger Plackerei antreiben.

Der obenerwähnte Doktor der Ökonomie hat offensichtlich seine Freude daran, sein „Geheimnis", wie man reich werden kann, mit den jungen Leuten in der Sowjetunion zu teilen. Ihr jungen Leute, so sagte er, solltet „eure Kraft und euer Können zur Beherrschung des Wissens verwenden", denn „das ist eine Sparkasse, die reiche Zinsen tragen wird". Dieser revisionistische Doktor der Ökonomie hat sich seinen Titel wohl verdient, denn bei der kapitalistischen Weise Geld zu machen kennt er sich gut aus. Das Wissen, das eine Kristallisierung der Weisheit der Werktätigen ist, ist in der heutigen Sowjetunion zum Kapital der Einzelnen für ihre individuelle Bereicherung geworden, ein Sprungbrett in die Klasse der Neureichen. Kein Wunder, daß die Bonzen und großen Tiere nicht zögern, für ihre Kinder um Zehntausende von Rubel „Diplome" von „höheren Lehranstalten" zu kaufen. Das ist ein typischer Fall von „einiges einsetzen und viel gewinnen", und wenn ihre Kinder das Kolleg, erleuchtet von „Wissen", verlassen, können die Alten sicher sein, daß ihre Investition reichlich Gewinn abwerfen wird. In den Augen der vom Geld beherrschten Revisionisten ist das ein wirklich lohnendes Geschäft.

Allerdings muß gesagt werden, die Tiraden jenes Doktors der Ökonomie sind nichts besonders Neues. Breschnews Renegatenclique und seine Propagandamaschine, die immerfort das Prinzip „Jedem nach seiner Leistung" im Munde führen, verbreiteten den Gedanken, es sei „notwendig, die Menschen mit dem Rubel zu erziehen", „Gleichgültigkeit gegenüber guter Bezahlung heißt gleichgültig gegenüber effektiver Arbeit sein", und so fort. Alles in allem wird das Denken des Sowjetvolkes ganz offen mit der Idee „Geld ist alles" vergiftet.

Jene drei jungen Sowjetmenschen, besessen vom Gedanken „viel zu verdienen", sind nur Opfer der Propaganda. Sie wurden betrogen von den zynischen politischen Drahtziehern, von Breschnew und seinesgleichen.

Nieder mit den 'M'SB Revisionisten

Boykottiert den Sternmarsch!

Der MSB Spartakus, die Studentenorganisation der D„K"P-Revisionisten, hat für den 11. Juni in Dortmund zu einem Sternmarsch der Studenten aufgerufen. Der Aufruf der MSB-Revisionisten, knüpft an berechtigte Forderungen der Studenten an. In Wirklichkeit geht es den modernen Revisionisten aber darum, die Studenten vom revolutionären Kampf für ihre Interessen an der Seite der Arbeiterklasse abzuhalten.

Nehmen wir z. B. die Forderung der Studenten nach einer Erhöhung der Studienbeihilfen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG). Hiervon ist natürlich nicht jene Minderheit von Studenten betroffen, die reiche Eltern hat und entsprechend von ihnen unterstützt wird. Aber die Studenten, deren Eltern Arbeiter, kleine Ange-



8 000 Studenten demonstrieren 1970 in Westberlin gegen den US-Imperialismus.

stellte und Beamte sind, sind auf das BAFöG angewiesen. Der derzeitige BAFög–Höchstsatz beträgt 500 DM. Davon gelten bislang 80 DM als Darlehen, die nach dem Studium zurückgezahlt werden müssen. So fangen viele Studenten nach dem Studium mit einer Verschuldung von mehreren tausend Mark an. In vielen Studienzweigen ist es aber so, daß die Studenten nach ihrem Abschluß nur sehr schwer einen Arbeitsplatz finden. So kommen sie durch die Darlehensregelung in eine ziemliche Klemme. **Jetzt hat die Bundesregierung sogar angekündigt, daß von den 500 DM in Zukunft 100 DM als Darlehen gelten sollen.**

Es ist aber keineswegs so, daß die Mehrzahl der BAFöG-Empfänger tatsächlich 500 DM im Monat bekommt. Der Durchschnitt dürfte vielleicht mehr irgendwo zwischen 350 DM und 400 DM liegen. Wenn man bedenkt, daß ein Zimmer nicht selten 100 DM Miete kostet, daß im Schnitt 30 DM pro Monat für Fahrkarten zwischen Wohnung und Universität gezahlt werden müssen, dann ist klar, daß mit diesen Beträgen nicht über die Runden zu kommen ist. **Jetzt wurde den Studenten das BAFöG praktisch auch noch gekürzt.** Es wurde – wie es so schön hieß – an das Einkommen der Eltern angepaßt. Die Höhe des BAFöG für den einzelnen Studenten richtet sich nach der Höhe des Einkommens der Eltern. Die Einkommen der werktätigen Eltern haben sich im letzten Jahr zwar um einige Prozente erhöht, aber gemessen an der Kaufkraft sind sie gesunken. So wird den Studenten das BAFöG gekürzt, obwohl ihre Eltern sie keineswegs stärker unterstützen können als im letzten Jahr.

Das zeigt, daß die Forderung der Studenten nach Erhöhung der BAFöG-Sätze und nach Wegfall der Darlehensregelung durchaus berechtigt sind. Die entscheidende Frage ist also, wie die Studenten für ihre Forderungen kämpfen müssen, auf wen sie sich dabei stützen können und wer schonungslos bekämpft werden muß.

Und hier liegt bei dem Aufruf des studentischen D„K"P-Ablegers der Hase im Pfeffer. So heißt es am Schluß des MSB Aufrufs: „Wir fordern ihre (der Forderungen – RM) Finanzierung zu Lasten der Rüstungsausgaben und Konzernprofite!" Und diesem Wunsch soll nach Ansicht der modernen Revisionisten wohl der kapitalistische Staat nachkommen, der Staat, der ein Instrument der Monopole ist, deren Profite er plötzlich „beschneiden" soll. Die MSB-Revisionisten predigen Vertrauen in den Staat, der gerade mit verschärftem Ordnungsrecht, mit der Auflösung der verfaßten Studentenschaften, mit der Einführung von Regelstudien die politische Unterdrückung der Studenten verschärft. Es ist völlig klar, die letzten Jahre haben das bewiesen, daß die Studenten nur Erfolge erringen können, wenn sie gegen den Staatsapparat kämpfen. Die revolutionären Kämpfe der Studenten in den letzten Jahren haben trotz aller ideologischen Unklarheit gezeigt, daß die Studenten, wenn sie mutig kämpfen, dem imperialistischen Staat schwere Schläge versetzen und Zugeständnisse erkämpfen können.

Viele Studenten wissen und haben aus den letzten Jahren gelernt, daß sie isoliert von der Arbeiterklasse nichts erreichen können und wollen deshalb die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und haben den Wunsch, gemeinsam mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung zu kämpfen. Die D„K"P-Revisionisten und ihr Studententrupp nützen das demagogisch aus. Sie propagieren den DGB-Apparat als Arbeiterorganisation und behaupten, der Kampf der Studenten müsse „gewerkschaftlich orientiert" werden. In Wirklichkeit ist der DGB-Apparat ein Instrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Wer mit ihm die Einheit will, der stellt sich gegen die Arbeiterklasse.

„Nur wenn wir kämpfen, wird sich unsere Lage verbessern! Wer stillhält verliert!" schreiben die MSB-Revisionisten in ihrem Aufruf. **Das ist völlig richtig. Und weil beim Dortmunder Sternmarsch nicht gekämpft werden soll, weil hier vielmehr die Studenten an ihre schlimmsten Feinde und an die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse ausgeliefert werden sollen, weil sie vom revolutionären Kampf abgehalten werden sollen, muß der Sternmarsch der Revisionisten boykottiert und bekämpft werden.**

Tankwarte

Wir sind keine Hilfspolizisten!

Das Bundeskriminalamt Wiesbaden hat die Tankstellenwarte in einem Merkblatt aufgefordert, nach verdächtigen Gegenständen und Merkmalen bei den Autos ihrer Kunden Ausschau zu halten und sie der Polizei zu melden. Eine ähnliche Aufforderung soll auch an die Friseure gehen. Aber die Tankwarte waren nicht bereit, sich vor den Karren des Bonner Staatsapparates spannen zu lassen. Die Vereinigung der Tankstellenpächter erklärte, daß ihre Mitglieder keine Hilfspolizisten seien.

Der Versuch des Staatsapparates, die Bevölkerung zum verlängerten Polizeiknüppel zu machen, ist nicht neu. Vor gut einem Jahr wurden in Westberlin die sogenannten Kontaktbereichsbeamten geschaffen, die jetzt auch in NRW eingeführt werden sollen. Sie haben feste Reviere, in denen sie möglichst selbst wohnen sollen, um die Bewohner besser unter Kontrolle zu haben. Zu ihren Aufgaben gehört es ausdrücklich, die Hauswarte für Spitzeldienste zu gewinnen.



So sehen die „Kontaktbereichs"schnüffler in Westberlin aus.

Aber auch hier blieb die gewünschte Unterstützung durch die Bevölkerung aus. Obwohl die Kontaktbeamten bei ihren Hausbesuchen, die sie allen Bewohnern ihres Reviers abstatten, den Freund und Helfer herauskehrten, der zum besseren Schutz ihrer Sicherheit da ist, ließen die meisten Bewohner sie nur mit großem Mißtrauen in ihre Wohnung. Spontan fühlen die meisten Arbeiter und Werktätigen, daß sie nicht zu ihrem Schutz, sondern zu ihrer Überwachung und Unterdrückung da sind. Darum wären sie auch nie bereit, freiwillig mit ihnen zusammenzuarbeiten. Aber viele glauben doch, daß man ohne sie nicht auskommen kann, weil sonst jeder machen würde, was er will und es nur noch Mord und Totschlag gäbe.

Der Bonner Staat verfolgt aber mit dem System der Kontaktbeamten ein ganz anderes Ziel als die Verbrechens- und Terroristenbekämpfung. Der Kontaktbeamte hat im Prinzip die gleiche Aufgabe wie Hitlers Blockwarte. In jeden Wohnblock setzten die Nazis damals einen Parteispitzel, der die politische Gesinnung und Betätigung der Hausbewohner ausschnüffelte und jeden fortschrittlichen Menschen dem faschistischen Staatsapparat ans Messer lieferte.

Die revolutionären Kräfte, insbesondere die Kommunisten aufzuspüren und gleichzeitig die Bevölkerung einzuschüchtern, ist auch heute die Hauptaufgabe der Kontaktbeamten. Das kann man daran sehen, daß die Straßen in Westberlin nicht sicherer geworden sind. Im Gegenteil, immer häufiger werden Menschen auf der Straße von der Polizei erschossen, weil sie ihr „verdächtig" erscheinen. Und Polizeiknüppel, die auf streikende Kollegen dreschen, schützen nicht sie, sondern die Interessen des Kapitals. Die „Terroristen" sind dann die Arbeiter, die gegen verschärfte Ausbeutung kämpfen. **Um die ständig neuen, faschistischen Methoden des Bonner Staatsapparates zur politischen Überwachung des Volkes bekämpfen zu können, ist es die Aufgabe der Kommunisten, bei den Kollegen auch die letzten Unklarheiten beiseite zu räumen, daß die Polizei irgendwie notwendige Ordnungshüter sind, die zwischen den Klassen stehen. Im Gegensatz zu den Staatsbütteln wird es den Kommunisten zunehmend möglich sein, im Volk wie die Fische im Wasser zu schwimmen und den Kampf gegen die wachsende Faschisierung erfolgreich zu führen.**

Willkürurteil gegen Duisburger Genossin

Günters Mörder- "glaubwürdige" Zeugen

In Duisburg hat vor kurzem ein Prozeß gegen eine Genossin stattgefunden, die angeblich während einer Demonstration der „Roten Hilfe Deutschlands" ein Flugblatt der Partei verteilt haben soll, in dem der Hungerstreik der politischen Gefangenen unterstützt und die Mordversuche der Bourgeoisie, besonders der Trinkwasserentzug bei Ronald Augustin, angeprangert werden. Das Urteil: 600 DM Geldstrafe, ersatzweise 60 Tage Gefängnis wegen Verächtlichmachung von Staatsorganen der Bundesrepublik nach dem berüchtigten § 90 a.

Das Urteil ist die reine Willkür, nicht nur wegen des § 90 a, sondern auch, weil die Genossin durch zwei Zeugen beweisen konnte, daß sie auf der Demonstration überhaupt keine Flugblätter verteilen konnte, weil sie die ganze Zeit über in der ersten Reihe ein Transparent getragen hatte.

Der Staatsanwalt und die Polizei hatten von Anfang an Mühe, ihre Behauptungen auch zu beweisen. Sie konnten keine Zeugenaussagen vorweisen und hatten zunächst auch nur einen Polizisten als Zeugen geladen, der damals zufällig Dienst im 14. Kommissariat machte und lediglich den Bericht geschrieben hatte. Diesen unsicheren „Zeugen" wagten sie aber dann doch nicht zu präsentieren, sondern sie ließen drei Zeugen auftreten, von denen der Staatsanwalt später behauptete, daß sie, „als Beamte, die über 20 Jahre im Dienst sind und immer als Zeugen in allen möglichen Prozessen glaubwürdig aufgetreten sind", unmöglich Lügner sein könnten, die einen Meineid schwören.

Bei diesen Zeugen handelte es sich um die Spitzel Schabronat, Kühnberg und Bannert, von denen die ersten beiden an der Ermordung von Genossen Günter Routhier und an der Mißhandlung der anderen damals im Arbeitsgerichtsprozeß beteiligt waren. Vor ihrem Auftritt vor Gericht sprachen sich diese „ehrlichen Beamten" ganz genau ab und fertigten sogar eine Skizze an, um ihre Aussagen besser aufeinander abzustimmen. Sie taten das offen vor der ihnen unbekannten Zeugin der Verteidigung.

Einer von ihnen beschimpfte die Genossin sogar als „Ratte" und ein anderer sagte: „Der sieht man doch schon an der Nasenspitze an, daß sie Kommunistin ist, die hat bestimmt verteilt."

„Zeugen" dieser Art treten in allen politischen Prozessen auf und es ist direkt auffällig, daß die politische Polizei offenbar überall zwei oder drei solcher Berufszeugen präpariert hat, die dann in fast allen politischen Prozessen auftreten und „Beweise" am laufenden Band bieten. Diese angeblich „ehrlichen Beamten" sind doch nichts anderes als Achtgroschenjungen, die sich der Bourgeoisie verkauft haben. Aber natürlich sind solche Leute für den Richter völlig glaubwürdig, während die Zeugen der Verteidigung Lügner sind. So absurde und unverschämte Begründungen dafür wie die des Duisburger Richters gibt es allerdings selten. **Er behauptete einfach von der einen Zeugin, daß sie erstens noch viel zu jung sei, um die Wahrheit zu sagen und daß sie außerdem nicht einmal seinem Blick habe standhalten können, als er sie mehrmals scharf und durchdringend angeschaut hätte.** Anschließend hat er ihr dann sogar noch mit den Konsequenzen einer falschen Aussage gedroht, womit er eine Anzeige wegen Meineid meinte.

„Im Namen des Volkes" – ein Willkürurteil der bürgerlichen Klassenjustiz.

Fortsetzung von Seite 1

Kapitalistenklasse sich tatsächlich bedroht sieht: ...daß durch immer wieder betonte Forderungen zur gewaltsamen Durchsetzung...revolutionärer Ziele...die von unserer Grundordnung gesetzten Maßstäbe in der jüngeren Generation relativiert" werden. **Sie fürchten den revolutionären Klassenkampf und die Propagierung der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution. Sie können nicht leugnen, daß gerade unter der Jugend der Marxismus-Leninismus an Einfluß gewinnt. Und Maihofer macht so auch unfreiwillig klar, daß die Versuche der Bourgeoisie, die Kommunisten von den Massen zu isolieren, gescheitert sind.**

Maihofers Bericht zeigt klar, daß die Hauptaufgabe des imperialistischen Staatsapparates die Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung, des Marxismus-Leninismus und unserer Partei ist. „Dagegen", kommentiert die FAZ, „wirkt die Rechenschaftslegung zum Thema Spionageabwehr eher wie ein Anhang". Obwohl der Bericht feststellen muß, daß die bekannt gewordenen Spionagefälle der sowjetischen Sozialimperialisten sich gegenüber 1973 verdoppelt haben, wird alles getan, um diese Tatsache zu verharmlosen. So wird stets nur von „DDR-Spionage" gesprochen, als ob die Bedrohung von der Honnecker-Clique und nicht von deren Moskauer Herren ausginge. Wie es bereits im Fall Guillaume deutlich wurde, versuchen die westdeutschen Imperialisten klar die Bedrohung unseres Volkes durch den sowjetischen Sozialimperialismus zu vertuschen. Was aber steckt hinter der zunehmenden Spionagetätigkeit der beiden Supermächte auf deutschem Boden und in ganz Westeuropa? Sie ist ein Ausdruck der verschärften Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft. **Angesichts der Gefahr des Ausbruches eines neuen imperialistischen Weltkrieges durch die Rivalität der beiden Supermächte, angesichts der Tatsache, daß die Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands davon abhängt, ob das deutsche Volk die von den beiden Supermächten ausgehende Bedrohung erkennt und sich im Kampf gegen sie zusammenschließt, zeigt der Verfassungsschutzbericht nicht nur, daß der imperialistische Staatsapparat das Zentrum der Konterrevolution ist, er zeigt auch den völligen Verrat der Monopolbourgeoisie an den nationalen Interessen unseres Volkes.**

Prozeß gegen Peter Schulte

1800,- DM Geldstrafe

Am 28. Mai fällte das Amtsgericht Mülheim nach drei Prozeßtagen sein Urteil gegen den Genossen Peter Schulte: 1 800 DM Geldstrafe. Genosse Peter war von der bürgerlichen Klassenjustiz angeklagt worden, weil er über den Mord an unserem Genossen Günter Routhier Flugblätter, Betriebszeitungen verteilt und den ROTEN MORGEN Nr. 24/75 mit dem Titel: „Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen" verkauft hatte.



Wer zu dem Prozeß kam, mußte glauben, sich in einem offenen Polizeistaat zu befinden: Polizeitrupps vor dem Gericht, Polizei auf den Gängen, Polizei im Gerichtssaal – und nicht zuletzt die Zeugen waren wie stets bestellte Polizeizeugen.

Gleich zu Beginn des Prozesses gab Genosse Peter eine Erklärung ab, in der er noch einmal klar stellte, daß Genosse Günter Routhier von der Polizei erschlagen worden ist, daß die Polizei nicht ein Teil des Volkes ist, sondern eine vom Volk gehaßte Bande des Kapitals, daß dieser Staat des Kapitals nicht verächtlich gemacht werden kann, sondern als Unterdrückungsinstrument des Kapitals verachtenswert ist. Sogleich drohte ihm der Richter mit Ordnungsstrafen, weil er sich bei seiner Erklärung zum Zuschauerraum wandte und nicht zum Richter.

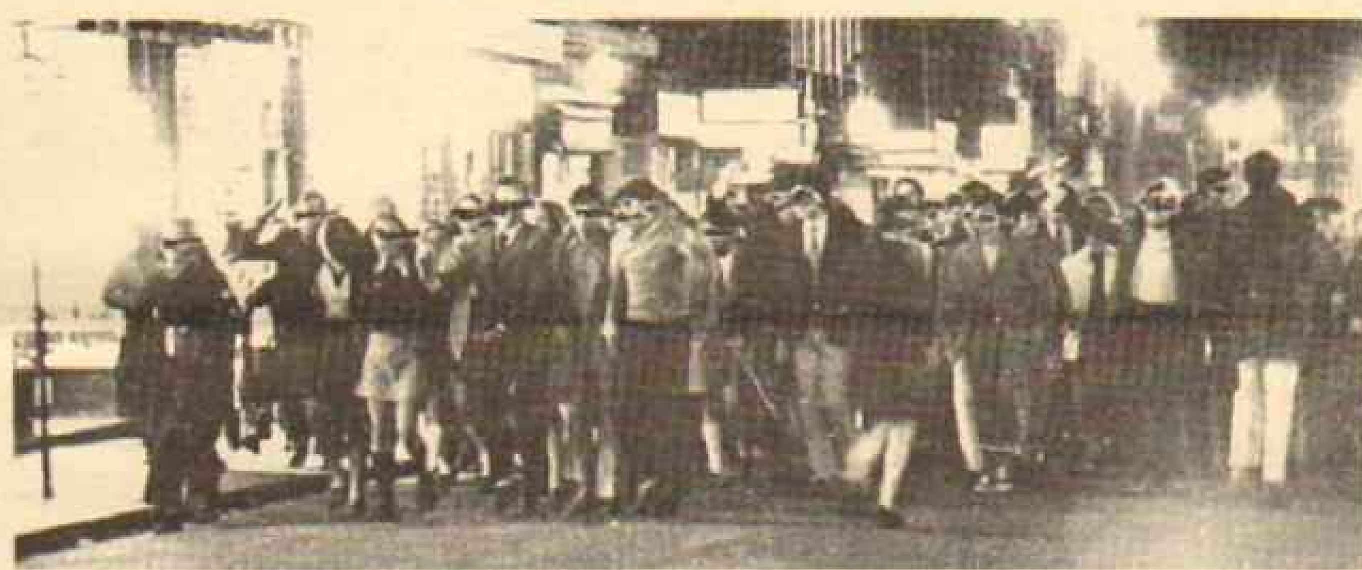
Am nächsten Tag zeigte sich noch klarer der Charakter dieses Prozesses: Als das Gericht die Beweisanträge des Genossen Peter abgelehnt hatte, wollte Peter dazu eine Erklärung abgeben. Der Richter unterbrach ihn sofort, lief mit seinen Schöffen raus und verkündete nach zwei Minuten: Vier Tage Ordnungshaft gegen Genossen Peter. Als daraufhin vier Genossen riefen: „Nieder mit der Klassenjustiz", versuchte der Richter, eine Schlägerei der Polizei zu provozieren. Er schreit die Polizisten vom Flur herein, baut 12 von ihnen vor den Genossen auf und fordert dann die vier Genossen auf: „So, nun sagen Sie noch einmal ‚Nieder mit der Klassenjustiz', das wagen Sie nicht!". Offen wollte er so einen Vorwand schaffen, um die Freunde und Genossen zusammenschlagen und verhaften zu lassen.

Nach dieser Ordnungsstrafe hat die Partei sofort den Kampf verstärkt und in Oberhausen, Mülheim, Essen und Duisburg Flugblätter verteilt und kurze Kundgebungen abgehalten. Der Erfolg: Ca. 60 Freunde und Genossen kamen zum nächsten Termin, um den Genossen Peter zu unterstützen.

Der Richter hatte angesichts dieser Unterstützung doch Angst bekommen und steckte in seinen Provokationen zurück, so daß Genosse Peter sein Schlußwort zu einer Anklage gegen die Klassenjustiz machen konnte, ohne daß er Ordnungshaft oder Ausschluß vom Prozeß angedroht bekam.

Vor dem Gericht und in der Mülheimer Innenstadt führte die Partei im Anschluß an den Prozeß Kundgebungen durch. Als Genosse Peter dabei mit einem alten Mann über den Prozeß sprach, sagte der: „Ach, Sie sind der Peter Schulte". Das zeigt, wie gut die Bevölkerung durch die Partei über den Prozeß informiert war.

Prozess gegen 4 spanische Antifaschisten



Illegale Demonstration am 2. Mai in Fuencarral.

Am 12. Juni werden die Franco-Faschisten in Madrid den Prozeß gegen vier Angeklagte eröffnen. Sie werden beschuldigt, am 1. Mai 1973 an Demonstrationen gegen die faschistische Diktatur teilgenommen zu haben. Für die Franco-Diktatur war dieser 1. Mai eine schwere Niederlage gewesen, dann trotz Drohungen und großem Polizeiaufgebot hatten in ganz Spanien revolutionäre Maidemonstrationen zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse stattgefunden.

Angeklagt sind Jose Ignacio Perez de Diego, Maria del Carmen Sanchez Casa Padillo, Antonio Hernandez Lezama und Petra de la Torre Romero. Der Staatsanwalt hat gegen sie – unter anderem wegen Zugehörigkeit zur FRAP – Gefängnisstrafen zwischen vier und zwölf Jahren, zusätzliche Geldstrafen bis 500 000 Peseten sowie bis zu acht Jahren Berufsverbot beantragt. Sie alle wurden nach ihrer Verhaftung durch die faschistische Polizei in den Gefängnissen schwer gefoltert.

Freiheit für die vier Angeklagten des 1. Mai 1973!

Freiheit für alle politischen Gefangenen des faschistischen Franco-Regimes!

Nieder mit der Franco-Diktatur!

Kommunistischer Lehrer festgenommen

"Bei Fluchtversuch wird geschossen"

In Rüsselsheim soll der kommunistische Lehrer Richard Droege, Studienreferendar am Max Planck Gymnasium, aus der Schule geworfen und mit Berufsverbot belegt werden. In seine Schule darf er nicht mehr hinein: Hausverbot. Als er trotzdem mit Schülern auf dem Schulhof über das gerade verhängte Hausverbot diskutiert, taucht der Direktor mit zwei Polizisten auf: „Das ist der Mann.' Als sich Richard Droege weigert, das Schulgelände zu verlassen, wird er festgenommen und die Polizisten drohen: „Bei Fluchtversuch wird geschossen!"

Schon am 22. Mai war Richard Droege zum Verhör zum Regierungspräsidenten in Darmstadt bestellt worden. Dort werden ihm provokatorische Fragen gestellt: „Sind Sie Mitglied der KPD/ML? Wenn ja, welche Funktion haben Sie in der KPD/ML?" Außerdem: „Wie stehen Sie zur Verfassung?" Dann wird ihm die Teilnahme am Trauerzug für den Genossen Günter Routhier vorgeworfen.

Richard Droege lehnt die Beantwortung aller Fragen ab. Unterstützt von der Partei beginnt er, den Kampf gegen das drohende Berufsverbot. Er veröffentlicht eine persönliche Erklärung, in der er zur Mitarbeit im Komitee „Kampf dem Berufsverbot' aufruft. Flugblätter werden verteilt, eine Unterschriftensammlung begonnen. Unter den Schülern und Eltern wächst die Empörung über die geplante Entlassung und auf der ersten Versammlung des Komitees erklären sofort rund 30 Menschen, hauptsächlich Schüler, ihre Bereitschaft, den Kampf aktiv zu unterstützen.

Wütend versucht der Direktor der Schule, den Kampf und die wachsende Empörung zu unterdrükken. Er läßt Richard Droege zu sich rufen und verbietet ihm, weiter öffentlich von der geplanten Entlassung zu sprechen und fordert ihn gleichzeitig auf, sich von einem Flugblatt der KPD/ML zu distanzieren. Er droht: „Wenn noch einmal Flugblätter verteilt werden, werde ich ganze Hundertschaften Polizei anrücken lassen!" Als Richard Droege sich nicht einschüchtern läßt, bekommt er Hausverbot.

Als Richard Droege dies auf dem Schulhof bekannt macht, bilden sich sofort Diskussionsgruppen und 30 – 40 Schüler bleiben über die Pause hinaus bei ihm. Als die Polizei kommt, stimmt eine Schülerin das Solidaritätslied an, und viele Schüler winken Richard Droege nach, als er abtransportiert wird. Als am nächsten Tag der Direktor eine Schülervollversammlung einberuft, verlangen die Schüler die Anwesenheit von Richard Droege. Als der Direktor das ablehnt und stattdessen darüber abstimmen läßt, ob die persönliche Erklärung verlesen wird, ist die überwältigende Mehrheit der Schüler dafür.

Das Berufsverbot für Richard Droege ist kein Einzelfall. Allein in Darmstadt sind in den vergangenen Monaten 90 Lehrer vor ihrer Anstellung über ihre Gesinnung verhört worden. Es ist auch bekannt, daß die Bourgeoisie inzwischen alle Lehrer, die neu eingestellt werden, systematisch bespitzeln läßt, und daß bereits Hunderte von Lehrern in der Bundesrepublik Berufsverbot bekommen haben. Und immer häufiger werden revolutionäre und fortschrittliche Lehrer mit Polizeigewalt aus den Schulen geholt.

Die Unterdrückung der fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Lehrer, ihre Säuberung aus den Schulen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Faschisierung des Staatsapparates, gegen die der Kampf verstärkt geführt werden muß.

Korrespondenzen

HEIDE

Weil er seit Jahren an der Seite der Partei für die proletarische Revolution kämpft, will die Bourgeoisie Genossen Peter Eisele aus Heide aus dem Schuldienst hinauswerfen. Schon im Sommer letzten Jahres wurde er vom Dienst suspendiert. Gleichzeitig versuchten die Schulbehörden, den Genossen finanziell fertigzumachen: Ohne Kommentar wurde nur die Hälfte seines Gehaltes auf sein Konto überwiesen. Genosse Peter, der die Flugblätter der Partei in Heide presserechtlich unterzeichnet hatte, und deshalb vom DGB-Bonzen Böge bei den Schulbehörden verpfiffen wurde, legte gegen dieses Berufsverbot Einspruch ein.

Jetzt entschied das Verwaltungsgericht Schleswig: Peter Eisele wird nicht wieder zum Schuldienst zugelassen, denn er ist als Kommunist aufgetreten. Einen Lehrer, der nicht schon den kleinen Kindern in der Schule einimpft, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" der Bourgeoisie sei das höchste aller Güter, kann der bürgerliche Schulapparat nicht gebrauchen.

Ausdrücklich betont das Verwaltungsgericht Schleswig in seiner Begründung des Berufsverbotes gegen den Genossen, daß jeder Beamte, der auch nur den **Zweifel** an seiner Verfassungstreue aufkommen läßt, aus dem Staatsdienst hinausgeworfen und damit seiner wirtschaftlichen Existenz beraubt werden soll. Fakten will die bürgerliche Klassenjustiz gar nicht mehr erst suchen müssen in ihrem Kampf gegen Revolutionäre, Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen. Zweifel, Vermutung, Verdacht – das genügt bereits.

Genosse Peter wird an der Seite der Partei den Kampf gegen dieses reaktionäre Berufsverbot weiterführen.

HAMBURG

Gegen die Rücksichtslosigkeit des bürgerlichen Staates, der die Gesundheit von Schulkindern gefährdet, setzten sich in Hamburg Eltern und Schüler der Steilshoop-Schule zur Wehr und organisierten einen Schulstreik.

Für 50 Millionen Mark hatte die Stadt Hamburg eine Schule gebaut – modern und musterhaft, wie behauptet wurde. An die Gesundheit der Schüler freilich dachten die Herren Senatoren nicht: In dem Schulbau, in dem kein Fenster zu öffnen ist, gab es keine Belüftungsanlage. Nach kurzer Zeit ergab eine Untersuchung von 81 Kindern, daß 78 in der viel zu trockenen Luft an ständigem Husten, Schnupfen und Brechreiz litten.

Jahrelang versuchten die Eltern mit Eingaben bei den Schulbehörden, den Einbau einer Belüftungsanlage durchzusetzen. Das Ergebnis war gleich Null: Dem Staat war die Sache zu teuer.

Bis es Eltern und Schülern zu bunt wurde. Am 7. 5. traten die 1 400 Schüler und Schülerinnen der Steilshoop-Schule in den Streik. Erschreckt durch diese neue Kampfmaßnahme an den Schulen, sagte der Senat schnelle Hilfe zu.

Doch die Illusionen der Hamburger Schüler und ihrer Eltern, sie hätten mit einem kurzen Warnstreik ihr Ziel erreicht, verflogen: Statt einer Vollklimatisierung der Schule, die notwendig ist, billigte der Senat nur eine Klimaanlage für einige Fachkunderäume und wollte damit 4 Millionen Mark sparen – erneut auf Kosten der Gesundheit der Kinder.

Da blieben die Schüler der Steilshoop-Schule wieder zu Hause. Dieses Mal sollte der Streik unbegrenzt sein – so lange, bis die Vollklimatisierung der Schule durchgesetzt sei.

Nach dreitägigem Streik war dieses Ziel erkämpft: Noch in diesem Jahr wird die gesamte Steilshoop-Schule mit einer Klimaanlage ausgerüstet. Der entschlossene, solidarische Kampf der Schüler und Eltern hat den Sieg davongetragen.

Genossen aus Hamburg

BOCHUM

Am 28. 5. um 3 Uhr morgens höre ich ein Quietschen auf der Straße, ich renne zum Fenster, weil ich einen Verkehrsunfall vermutete. Ich sehe, wie ca. 5 Streifenwagen der Polizei und mehrere Zivilwagen einen anderen Wagen einkeilen und den Fahrer mit 3 Mann herauszerren. Zwei halten ihn fest, der dritte schlägt ihn zusammen, dann reißen sie ihm die Arme auf den Rücken und stoßen ihn mit dem Gesicht ca. acht mal mit voller Wucht gegen die Windschutzscheibe und schreien immer: „Du Schwein, Du Schwein". Der junge Mann bricht zusammen. Wie ein Stück Vieh werfen sie ihn in ein Polizeiauto.

Ich hatte das Fenster aufgemacht und heruntergeschrien, ich hörte dann, wie sich die Polizisten untereinander unterhielten. Der eine sagte, „mal sehen, ob der Reifen von unserem Schuß geplatzt ist". Aus ihrer Unterhaltung ging hervor, daß der junge Mann angetrunken Verkehrskontrollen durchfahren hat und daß die Polizisten hinter ihm hergeschossen haben.

Inzwischen standen immer mehr Leute an den Fenstern, die sehen konnten, mit welchem Terror die Polizei gegen die Bevölkerung vorgeht und auch vor Mord nicht zurückschreckt. Ich war genau wie andere Nachbarn empört über diese faschistischen Methoden. Am nächsten Tag stand zynisch in der Zeitung „Kugel verfehlte das Ziel, aber Schreck stoppt den Fahrer". „Zum Glück standen gerade keine Leute auf der Straße und vor den Haustüren."

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNCHEN:

Wegen „Verächtlichmachung der Bundesrepublik", § 90a, stehen am 23. Juni in München fünf Genossen vor Gericht. Sie sind angeklagt, weil sie im Herbst 1973 in der Innenstadt einen Agitationsstand zur Verschleppung von Werner Lukas durchgeführt hatten. Diesen Stand räumte Staatsanwalt Wahl, berüchtigter Münchner Kommunistenjäger, persönlich ab, wobei er Flugblätter und Broschüren der Partei und der Roten Hilfe beschlagnahmte. Der Prozeß beginnt um 8.30 Uhr, Amtsgericht, Pacellistraße.

Ebenfalls vor dem Amtsgericht München findet am 11. Juni der Prozeß statt gegen zwei Genossen, die angeklagt sind, der gefährlichen Körperverletzung bei Polizisten, gemeinschaftlicher Gefangenenbefreiung und Landfriedensbruch. Beide hatten sich an einer Kundgebung der Partei gegen die Ermordung von Holger Meins beteiligt. Damals überfiel die Polizei die Demonstranten und nahm fünf Genossen fest beim vergeblichen Versuch, das Megaphon zu beschlagnahmen und den Redner der Partei zu verhaften.

AICHACH:

Genossin Eva H., die im Oktober 1974 Berufsverbot als Lehrerin erhalten hatte, soll nun auch noch vor Gericht gestellt werden, weil sie an einer Elternversammlung gegen ihre Entlassung teilnahm, von der der Rektor der Schule sie von Polizisten fortschleppen ließ. Zusammen mit zwei weiteren Genossen, ist sie des „Hausfriedensbruches" angeklagt. Prozeßtermin: 11. Juni, 13 Uhr, Amtsgericht Aichach.

HAMBURG:

Terrorurteile verhängte die Klassenjustiz gegen die Angeklagten Debus, Wieland, Stahl und Ludwig. Wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, schweren Raubes und Anstiftung von Sprengstoffanschlägen, die nicht einmal nachgewiesen werden konnten, müssen die vier für 12, 6 und zweimal 5 1/2 Jahre ins Gefängnis.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

DORTMUND:

Gegen den presserechtlich Verantwortlichen in Dortmund der KPD/ML finden am 11. Juni zwei Prozesse wegen § 90 a statt. Genosse W. Herzog steht vor Gericht, weil die „Stählerne Faust", Betriebszeitung bei Hoesch, die Ermordung des Genossen Günter Routhier angeprangert und weil im „Roten Lautsprecher", der Siemens-Betriebszeitung in Witten, die bürgerlichen Arbeitsgerichte im Zusammenhang mit der Entlassung einer Genossin angegriffen worden waren.

Trotz Moskaus Protesten gegen ägyptische Satire

"Hoch lebe die Delegation!" wird wieder aufgeführt.

Das Theaterstück „Hoch lebe die Delegation" darf in Kairo wieder aufgeführt werden. Das Schauspiel, das die Politik der Vorherrschaft der Moskauer Kremlführer verspottet und dabei Bezug nimmt auf die bitteren Erfahrungen, die das ägyptische Volk mit den sogenannten „Militärberatern" Moskaus machen mußte, war seit dem 1. Mai verboten, weil die sowjetische Botschaft schweren Druck ausgeübt hatte.

Doch das Verbot des Stückes, das bei der Kairoer Bevölkerung außerordentlich beliebt ist, rief unter der Bevölkerung eine Welle der Empörung hervor. Mit dieser Unterstützung konnte die Kairoer Schauspieltruppe Tahia Kariok die Aufhebung des Verbots durchsetzen.

Was hat die Sowjetunion so gegen das Stück aufgebracht? Dieses Stück hat ihre häßlichen Absichten entlarvt und den Widerstand und Kampf des ägyptischen Volkes dagegen hochgehoben.

Das Stück beschreibt die Aktivitäten einer Delegation aus einem sogenannten „befreundeten Land" in einem ägyptischen Dorf – Friedensdorf – und preist den unbarmherzigen Kampf, den das ägyptische Volk führt. Mitglieder der Delegation des „befreundeten Landes" sind russisch gekleidet und sprechen russisch. Bei ihrer Ankunft im Friedensdorf fordern sie die Dorfbewohner auf, sie mit Fleisch zu füttern. Sie sind so mit Essen vollgestopft, daß sie kaum noch gehen können.

Der Platz, wo sie sich aufhalten, ist umgeben mit Schildern wie „Kein Durchgang!", „Aufenthalt verboten!" und „Photographieren strengstens verboten". All das weckt unter den Dorfbewohnern Zweifel. Sie setzen sich zusammen, um zu diskutieren und fragen einander: „Wozu sind diese Leute hergekommen?" Einige sagen, sie seien gekommen, um sich des ägyptischen Erdöls und seiner Bodenschätze zu bemächtigen, andere sagen, sie seien wegen des Urans gekommen und wollen Atombomben bauen. Noch andere meinen, sie seien gekommen, um Ägypten aufzufordern, seine Schulden mit Baumwolle abzuzahlen. Diese Bemerkungen zeigen den tiefen Haß der Bevölkerung gegen die Delegation des „befreundeten Landes".

Als sie die Reden des Volkes hören, werden die „befreundeten" Fremden sehr wütend. Sie versuchen Krach zu schlagen und werden absichtlich ausfallend. Ihr Benehmen wird so unerträglich, daß die Dorfbewohner sie mit Steinen und Ziegeln bewerfen und sie in ihre Residenz zurücktreiben.

Als die „befreundeten" Fremden sich der wachsenden Feindseligkeit der Dorfbewohner gegenübersehen, gehen sie so weit, zu versuchen, mit Waffengewalt den Widerstand der Dorfbewohner zu unterdrücken. Als der Zorn den Siedepunkt erreicht, rufen die Dorfbewohner wie aus einem Mund: „Wird nicht unser Friedensdorf ein unterworfenes Dorf werden, wenn die Dinge sich so weiterentwickeln?" „Auch wenn sie Waffen haben – die Wahrheit ist auf unserer Seite!" So greifen sie zu Stöcken und Keulen, bereit, gegen die Fremden zu kämpfen. Am Ende des Stückes singen die Leute des Friedensdorfes gemeinsam: „Ägypten, unser Vaterland".

Wie tief dieses Stück die sowjetischen Sozialimperialisten getroffen hat, zeigte ihre Reaktion. Mit einer Protestnote erzwang die sowjetische Botschaft ein Verbot der Vorführung. Doch die Kairoer Bevölkerung und die Schauspieltruppe Tahia Kariok ließen sich nicht einschüchtern und entlarvten die unverschämte Einmischung der Sowjetrevisionisten. Auf einer Pressekonferenz erklärte die Leiterin der Schauspieltruppe: „Ich bin eine ehrliche Ägypterin. Ich habe das Recht, alle Menschen und Dinge in unserer Gesellschaft, die es nicht wohl meinen mit Ägypten, und insbesondere unsere Feinde zu verspotten." „Was hat die Sowjetunion, die sich als Freund Arabiens bezeichnet, in Ägypten verloren? Warum ist die Sowjetunion in Ägypten? Das ist ganz klar für uns, seit wir wissen, wer unsere Freunde und wer unsere Feinde sind." „Warum zwingt uns die Sowjetunion, unsere Schulden zu bezahlen, wenn wir in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken?" „Wir sind Ägypter und sind für unser Vaterland – Ägypten!", erklärte sie mit Nachdruck.

Die Schauspieltruppe klagte gegen das Verbot. Am 20. Mai entschied das Gericht, daß das Verbot aufgehoben werden müsse. Die Truppe war über diesen Schiedsspruch überglücklich. Ebenfalls die Bevölkerung war über diese Nachricht hocherfreut. „Unser Wunsch nach Unabhängigkeit hat gesiegt. Niemals fremde Einmischung!" – so drückte jemand es aus. Die Leute eilten zum Miami-Theater, um die Tahia Kariok-Truppe zu begrüßen und gemeinsam mit ihr den Sieg zu feiern.

Ein großes weißes Spruchband mit den Worten: „ ‚Hoch lebe die Delegation' – heute wieder Vorführung" in roten Lettern hing am 21. Mai über der Front des Theaters, als Hunderte Menschen um Karten Schlange standen. Am Abend des 22. Mai war das Theater überfüllt, zusätzliche Sitze mußten aufgestellt werden. Im Zuschauerraum waren nicht nur Ägypter, sondern auch Besucher aus anderen arabischen Ländern. Dutzende Blumensträuße von Menschen aus allen Bereichen wurden gegenüber der Bühne aufgebaut. Eine begeisterte Atmosphäre erfüllte das Auditorium. Während der Vorstellung beantwortete das Publikum die üblen Taten der „befreundeten Delegation" im Dorf mit Ärger und Unzufriedenheit und als die Dorfbevölkerung sich erhob, um die „befreundete" Delegation herauszufordern, erfüllte nach jeder Szene donnernder Applaus das Theater. Das war mehr als ein Publikum, das ein Stück ansieht. Das war eine Versammlung, die einen Sieg des ägyptischen Volkes im Kampf gegen den Hegemonismus feierte.

U 2 Absturz im Sauerland

Ami go home!

Bei Winterberg im Sauerland ist eine U-2 der amerikanischen Imperialisten abgestürzt. Die U-2 ist ausschließlich für die Spionage konstruiert, und die abgestürzte Maschine gehörte zu einer Einheit von fünf dieser Flugzeuge, die gerade eben erst auf einem Luftwaffenstützpunkt in England stationiert worden war. Ihr Auftrag lautete nach einer Erklärung des amerikanischen Kriegsministeriums, „Aufklärungsflüge über dem Gebiet befreundeter Staaten" durchzuführen.

Ihr Absturz wirft ein Schlaglicht darauf, wie die amerikanischen Imperialisten in unserem Land schalten und walten, und daß das laute Geschrei über die Entspannung, das vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten anstimmen, mit den Tatsachen nichts zu tun hat.

Die amerikanischen Imperialisten haben nicht nur Tausende von Besatzertruppen in unserem Land stationiert, die sie jetzt sogar noch verstärken, sondern es ist offensichtlich auch so, daß sie den Luftraum unseres Landes nach Belieben benutzen, um zu spionieren, Übungsflüge abzuhalten und Manöver durchzuführen. Sie haben dazu die Zustimmung der Bundesregierung, die sie auch aus „diplomatischen" Gründen über den Flug der abgestürzten U-2 informiert hatten. Die amerikanischen Imperialisten stützen sich bei ihren Spionageflügen auf die sogenannten „Vorbehaltsrechte der Alliierten", und das ist eine vornehme Umschreibung für imperialistische Besatzerwillkür. Die Ausflugsgäste und Touristen im Sauerland haben erlebt, was das bedeutet. US-Soldaten haben ihnen die Filme abgenommen. Zeugen des Absturzes wurden von den amerikanischen Imperialisten zum Schweigen über ihre Beobachtungen gezwungen, in einem Umkreis von vier Kilometern um die Absturzstelle war jeder Waldweg, jede Straße, jeder Pfad von US-Soldaten abgeriegelt. Hier, in der Bundesrepublik war es Soldaten der Bundeswehr und Beamten der Polizei nicht erlaubt, sich in der Nähe der U-2 aufzuhalten.

Die amerikanischen Imperialisten, ihre Truppen, ihre Flugzeuge, ihre Spionage- und Spitzeldienste haben in unserem Land nichts zu suchen. Es ist bezeichnend genug, daß die westdeutschen Imperialisten die Anwesenheit der US-Besatzer nicht nur hinnehmen, sondern auch noch ausdrücklich begrüßen und das Weltherrschaftsstreben der US-Imperialisten als „Verteidigung der Freiheit" bezeichnen, während diese in Wirklichkeit die Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes bedrohen und es als Aufmarschgebiet gegen die sowjetischen Sozialimperialisten benutzen.

Die U-2 hat gegen die sowjetischen Sozialimperialisten spioniert, das haben die US-Imperialisten selbst zugegeben. Genauso, wie die Satelliten, die mit elektronischer Ausrüstung vollgestopften Fischdampfer, die Radar- und Horchanlagen der sowjetischen Sozialimperialisten die US-Imperialisten ausspionieren. Es ist bekannt, daß die beiden Supermächte gerade im letzten Jahr ihre Spionagetätigkeit erheblich ausgedehnt haben. Die Spione des CIA und des KGB treiben in vielen Ländern ihr Unwesen. Und gerade die sowjetischen Sozialimperialisten, die jederzeit ihre Friedensliebe und Entspannungsbereitschaft beteuern, haben die Anzahl ihrer Spione in den Botschaften, Missionen und Handelsvertretungen der Länder Westeuropas bedeutend verstärkt. Ihre Horchgeräte schwimmen in den Meeren vor den Küsten Islands und der nordischen Länder, und ihre Flugzeuge überfliegen unser Land ebenso wie Dänemark und Großbritannien. Andererseits haben die amerikanischen Imperialisten vor den Küsten der Sowjetunion ihre U-Boote stationiert, mit denen sie jede Flottenbewegung der Neuen Zaren im Kreml ausspionieren. All dies ist Ausdruck der verschärften Rivalität der beiden Supermächte, ihrer verstärkten Kriegsvorbereitungen und Versuche, die Unabhängigkeit und Souveräntität der Länder zu untergraben.

Wachsamkeit ist deshalb notwendig und besonders gegenüber den modernen Revisionisten der D'K'P, die die verschärfte Rivalität der beiden Supermächte mit lautem Gerede über Entspannung zudecken wollen und demagogisch die amerikanischen Imperialisten anklagen, nur um die noch größere Gefahr, die von den sowjetischen Sozialimperialisten ausgeht, zu vertuschen.

Nato Tagung in Brüssel

US Imperialisten bekräftigen ihr Diktat

Fortsetzung von Seite 1

Westeuropas, sondern sie sind ein Instrument des US-Imperialismus, das seine Interessen in Europa garantieren soll: Die Unterdrückung und Ausplünderung Westeuropas – nicht anders als die Militärmaschine der sowjetischen Sozialimperialisten in Osteuropa. Weder die eine noch die andere Supermacht garantiert „Frieden und Sicherheit", sondern beide Supermächte haben bei ihrem Vorgehen nur das eine Ziel: Die Vorherrschaft über ganz Europa. Und gerade das Ringen beider Supermächte um diese Vorherrschaft birgt die Gefahr eines neuen Krieges in sich.

So war denn auch hinter dem Gerede von „Sicherheit und Frieden' im Grunde von Anfang an bis Ende der Tagung nur eines das Hauptthema: die Festigung der Interessen des US-Imperialismus in Europa. **Es war das Hauptziel der US-Imperialisten auf der Konferenz, ihr Kommando, ihre Herrschaft im NATO-Bündnis erneut zu bekräftigen und allen Tendenzen, die dem zuwiderlaufen, mit Drohungen zu begegnen.**

Bereits vor Beginn der Konferenz machten die US-Imperialisten deutlich, daß allein ihr Diktat gilt. So hatten sie diese Konferenz angekündigt, ohne zuvor überhaupt die westeuropäischen Länder zu befragen, womit sie deutlich zeigten, daß sie der Herr im Hause sind.

Gleich zu Beginn der Tagung machte Präsident Ford klar, daß die US-Imperialisten auch nach ihrer Niederlage in Indochina sich ihre Vorherrschaftsrolle nicht nehmen lassen werden. In militärischer Stärke, betonte Ford, stünde die USA keiner anderen Macht nach. Offensichtlich sollen die westeuropäischen Länder nicht auf den Gedanken kommen, sie könnten jetzt mehr als zuvor ihre eigenen Ansprüche gegenüber dem US-Imperialismus geltend machen. Kategorisch verlangte Ford, die Aufrüstung der NATO vor alle anderen politischen Ziele zu stellen. Unmißverständlich drohte er allen Ländern, die sich gegen die US-Vorherrschaft sowie gegen die Pläne des US-Imperialismus in der NATO stellen, wie Frankreich, die Niederlande, Dänemark und andere, indem er Teilmitgliedschaft und Sonderabmachungen in der NATO verurteilte.

Doch wie die US-Imperialisten zum einen mit der Peitsche arbeiten, um ihre Interessen durchzusetzen, so locken sie zugleich auch mit dem Zuckerbrot. Allen NATO-Mitgliedern machte Präsident Ford deutlich, wie sehr die US-Imperialisten willige Komplizen zu entlohnen bereit sind. Die westdeutschen Imperialisten, die treueste Stütze des US-Imperialismus in Westeuropa, wurden stets bevorzugt von den US-Imperialisten behandelt, sei es beim gemeinsamen Abendessen oder sei es bei den Konsultationen. Und die westdeutschen Imperialisten nahmen dankend an. Nur zu gern übernehmen sie die Rolle des amerikanischen Stellvertreters in Westeuropa, in der Höffnung, auf diese Weise ihre eigene Position in Westeuropa zu stärken.

Unter der Parole von Frieden und Entspannung sowie unter dem Vorwand, die Sicherheit ihrer Verbündeten zu garantieren, nutzen die US-Imperialisten jede Lücke aus, um ihre militärische Vorherrschaft zu verstärken und auszubauen. Das gilt gleichermaßen für beide Supermächte in Europa. Auch wenn die Hauptgefahr gegenwärtig von den wie wahnsinnig rüstenden sowjetischen Sozialimperialisten ausgeht, so kann die NATO, die nicht anders als der Warschauer Pakt das Instrument einer Supermacht zur Unterjochung anderer Länder und Völker ist, kein Garant der Sicherheit und des Friedens sein.

Nicht der Zusammenschluß der westeuropäischen Länder unter dem Diktat des US-Imperialismus, sondern nur ihr Zusammenschluß sowie ihr gemeinsamer Kampf gegen Unterdrückung und Bedrohung durch beide Supermächte bedeutet einen Schritt zur Sicherheit Westeuropas. Um so schändlicher ist die Kollaboration, die die westdeutschen Imperialisten mit beiden Supermächten, vor allem aber mit dem US-Imperialismus betreiben. Sie widersetzen sich nicht nur einem Zusammenschluß gegen beide Supermächte, sondern spielen aktiv den Zutreiber unter das Joch des US-Imperialismus, stets besorgt, die Front des US-Imperialismus in Europa aufrechtzuerhalten und die Widersprüche im Bündnis zu kitten. In der Hoffnung, im Windschatten beider Supermächte ihre eigene Macht und ihren Einfluß in Europa und in der Welt stärken zu können, verraten sie so die nationalen Interessen unseres Volkes, das im Westen wie im Osten Deutschlands die Vorherrschaft beider Supermächte haßt und gegen sie kämpft für die Einheit der deutschen Nation.

Das Vorgehen der westdeutschen Imperialisten zeigt, daß unser Volk, wie alle Völker Europas, im Kampf gegen die beiden Supermächte, im Kampf gegen die Kriegsgefahr, die von beiden droht, vor allem auf die eigene Kraft vertrauen und selbständig diesen Kampf aufnehmen muß, gegen all jene, die sich dem Wunsch der Völker nach Unabhängigkeit und nach Freiheit in den Weg stellen. Dem Frieden und der Sicherheit werden die europäischen Völker erst dann einen wirklichen Schritt näher gekommen sein, wenn die Vorherrschaft der einen wie der anderen Supermacht gebrochen, wenn der Militärblock der einen wie der anderen zerschlagen ist.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

25.Mai: Tag der Freiheit Afrikas

Die Völker und Nationen stürmen vorwärts

Am 25. Mai gründeten die afrikanischen Staaten in Addis Abeba die „Organisation der Einheit Afrikas" zum Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, für die Unabhängigkeit und Freiheit der Nationen des afrikanischen Kontinents von ausländischer Unterdrückung. Heute, 12 Jahre später, ist die Lage auf dem afrikanischen Kontinent ausgezeichnet. Die Völker und Nationen Afrikas haben im Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte große Erfolge errungen, ihre Einheit gestärkt und bedeutende Beiträge zum Kampf der Länder der 3. Welt gegen den Imperialismus, vor allem die beiden Supermächte, geleistet.

Im vergangenen Jahr zerschlugen die Völker von Angola, Mosambik und Guinea-Bissao die portugiesische Kolonialherrschaft und heute zittern die weißen rassistischen Regimes in Südafrika und Südrhodesien unter dem Ansturm des bewaffneten Kampfes der Völker von Simbabwe, Nambia und Azania. Die Tatsachen heute wie in der Vergangenheit zeigen, daß die Völker und Nationen Afrikas ihre Freiheit und Unabhängigkeit nur erringen können, wenn sie zu den Waffen greifen und einen gerechten Krieg gegen ihre imperialistischen Ausbeuter und Unterdrücker führen. **Die Geschichte des Befreiungskampfes der afrikanischen Völker beweist, daß es kein einziges Land gibt, aus dem sich die Imperialisten freiwillig zurückgezogen hätten und daß der bewaffnete Kampf überall, von Algerien im Norden bis Kenia im Süden, die Grundlage der Befreiung war.**



Vertreter afrikanischer Staaten begrüßen begeistert die Aufnahme der VR China in die UNO als Sieg über den Imperialismus.

Die Völker und Nationen Afrikas führen einen entschlossenen Kampf, um ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegen den Imperialismus zu verteidigen. Vor allem die beiden Supermächte, die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten rivalisieren miteinander um die Ausbeutung und Plünderung der Reichtümer und Rohstoffe der afrikanischen Länder und wenden alle möglichen Arten des Drucks und der Erpressung an, wobei sie die Schwierigkeiten ausnutzen, vor denen die jungen afrikanischen Nationalstaaten stehen, um sie unter ihre Kontrolle zu bekommen und ihnen ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu rauben.

Durch die jahrhundertelange Ausplünderung haben viele afrikanische Länder eine einseitig entwickelte Wirtschaft, die sich auf den Export von ein oder zwei Rohstoffen stützt, während sie den größten Teil der Produkte des täglichen Bedarfs einschließlich des Getreides einführen müssen. Noch heute kontrollieren die multinationalen Konzerne der USA den größten Teil der Produktion, der Verteilung und des Absatzes der Rohstoffe, und sie haben die Schere zwischen den Rohstoffpreisen und den Preisen für ihre Fertigwaren ständig vergrößert. Nach UNO-Statistiken sind die Rohstoffpreise seit 1952 ständig gefallen, wodurch den Entwicklungsländern allein in den Jahren von 1961 bis 1972 98,3 Mrd. Dollar geraubt worden sind. Viele Länder haben aus diesem Grund trotz Steigerung der Produktion ihrer hauptsächlichen Exportgüter wesentlich geringere Einnahmen zu verzeichnen gehabt.

Die sowjetischen Sozialimperialisten, die ständig die Worte „Kooperation" und „Hilfe" im Munde führen, haben ebenfalls nichts anderes im Sinn, als die Rohstoffe der afrikanischen Länder zu plündern. Sie haben in Afrika bereits Kapital im Wert von 3 Mrd. Dollar investiert. Die Abkommen, die sie mit über 40 afrikanischen Ländern geschlossen haben, sind ungleiche Verträge, die es den Neuen Zaren im Kreml erlauben, afrikanisches Eisenerz, Diamanten, Agrarprodukte usw. zu billigen Preisen zu kaufen, während sie selbst die Preise für ihre Industriegüter ständig erhöhen. Ein Beispiel: Noch 1965 tauschten sie eine Tonne sowjetischen Stahl für eine Tonne afrikanische Bananen, heute verlangen die sowjetischen Sozialimperialisten dafür bereits vier Tonnen Bananen.

Die Tatsachen zeigen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten im Handel mit den afrikanischen Ländern niemals gleiche Bedingungen eingehalten haben.

Gegen diese Ausbeutung durch den Imperialismus und vor allem die beiden Supermächte haben die afrikanischen Völker und Nationen einen entschiedenen Kampf geführt. Für die Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit, den Schutz ihrer nationalen Reichtümer und ihrer Souveränität spielt dieser Kampf eine wichtige Rolle. Vor kurzem hat deshalb der Vorsitzende der Organisation für die Einheit Afrikas erklärt: „Die vollständige Befreiung Afrikas vom Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus kann ohne die wirtschaftliche Befreiung nicht durchgeführt werden."

Welcher Weg führt zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit? Soll man sich hauptsächlich auf die eigenen Kräfte verlassen oder auf die „Hilfe" anderer Länder, vor allem der beiden Supermächte? Die afrikanischen Länder beschreiten immer mehr den Weg des Vertrauens auf die eigenen Kräfte und haben im vergangenen Jahr verschiedene Maßnahmen gegen die imperialistische Kontrolle über die Wirtschaft ihrer Länder durchgeführt. Um nur einige Beispiele zu nennen: Seit dem Januar haben allein der Kongo, Togo, Lybien, Zaire, Mauretanien, Gabun die von den imperialistischen Monopolen beherrschten Ölgesellschaften, Kupfer- und Eisenerzminen, Vertriebsgesellschaften für Ölprodukte usw. nationalisiert oder mehr als die Hälfte der Aktien übernommen und so einerseits dem Imperialismus einen schweren Schlag versetzt, andererseits günstige Bedingungen für die Entwicklung eigener Nationalwirtschaften geschaffen. Die Schlüsselstellungen des Bank- und Finanzwesens, die von den imperialistischen Monopolen kontrolliert wurden, so daß verschiedene afrikanische Staaten anfangs weder eigene Banken noch das Recht hatten, ihre eigene Währung herauszugeben, sind im vergangenen Jahr allmählich nationalisiert worden, neue Banken wurden gegründet und die Länder haben die Kontrolle über ihr Bank- und Finanzwesen selbst in die Hand genommen.

Gleichzeitig sind große Anstrengungen unternommen worden, um die eigenen Nationalwirtschaften aus eigenen Kräften allseitig zu entwickeln, die Abhängigkeit von ein oder zwei Rohstoffen zu beseitigen, sich selbst mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln zu versorgen und Schritt für Schritt eine eigene Industrie aufzubauen. Ghana z. B., das früher Reis einführen mußte, ist heute darin Selbstversorger. Der Sudan, der vor der Unabhängigkeit kein einziges Gramm Zucker produzierte, erzeugte im vergangenen Jahr 113 500 t.

Zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und Freiheit schließen sich die afrikanischen Länder immer enger zusammen und führen, gemeinsam mit den anderen Ländern der 3. Welt, auf internationaler Ebene einen harten Kampf gegen den Imperialismus, der sich mehr und mehr direkt gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte richtet. Auf Initiative der afrikanischen Länder hat im vergangenen Jahr die außerordentliche Vollversammlung der UNO über die Rohstoffe stattgefunden, auf der die Länder der 3. Welt gegen den Widerstand der beiden Supermächte ihre Entschlossenheit bekräftigt haben, für eine neue gerechtere Ordnung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu kämpfen. Und im Februar dieses Jahres haben 46 afrikanische, karibische und pazifische Länder, nach anderthalbjährigem Kampf das Abkommen von Lome mit der EG abgeschlossen. Die Unterzeichnung dieses Abkommens zeigt, daß die Länder der 3. Welt durch vereinten Kampf stark genug sind, allmählich die alte und ungleiche internationale Wirtschaftsordnung zu ändern. Der zoll- und quotenfreie Export in die Länder der EG, ohne daß diese entsprechend begünstigt werden, die Schaffung eines Fonds der EG zum Ausgleich für den Preisverfall der Rohstoffe, das sind Erfolge, die in gewisser Beziehung eine Änderung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen bedeuten.

Angespornt durch das Beispiel der ölproduzierenden Länder haben sich die afrikanischen Länder in verschiedenen Organisationen rohstoffproduzierender Länder zusammengeschlossen um ihre Reichtümer zu schützen und die Ausplünderung ihrer Rohstoffe durch den Imperialismus und besonders die beiden Supermächte zu bekämpfen.

Der Kampf der Völker und Nationen Afrikas zur Verteidigung und Erringung ihrer Unabhängigkeit und Freiheit hat die Supermächte in große Unruhe versetzt. Die amerikanischen Imperialisten haben den Ländern der 3. Welt offen mit Aggression für den Fall gedroht, daß sie ihre Reichtümer und Rohstoffe als Waffe im Kampf gegen das Diktat der Supermächte einsetzen und die sowjetischen Sozialimperialisten haben kurzerhand die Reichtümer und Rohstoffe zum „internationalen Eigentum" erklärt, womit sie sich das Recht herausnehmen wollen, sie zu plündern. Die Völker und Nationen Afrikas marschieren aber vorwärts auf dem Weg des gemeinsamen Kampfes. Dieser Weg ist nicht gradlinig, und es sind noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Die Tatsachen zeigen aber auch, daß die Pläne und Anschläge der beiden Supermächte, wie sie auch immer aussehen mögen, den Kampf der Völker und Nationen Afrikas für die Unabhängigkeit und Freiheit des ganzen Kontinents nicht aufhalten können.

Zum Tod des Vorsitzenden der KP Burmas

Im Kampf gefallen

Mit tiefer Anteilnahme haben wir vom Tod des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Burmas, des Genossen Thakin Zin und vom Tod des Generalsekretärs der Partei, Genossen Thakin Chit, erfahren. Sie fielen im heldenmütigen Kampf gegen die Truppen des reaktionären Ne Win/San Yu-Militärregimes und opferten ihr Leben für die burmesische Revolution. Ihr Tod ist ein großer Verlust für die KP Burmas und die Volksmassen aller Nationalitäten des Landes, aber er wird den Vormarsch und den endgültigen Sieg der burmesischen Revolution nicht aufhalten können.

Jetzt brüstet sich das Regime von Ne Win und San Yu damit, die KP Burmas habe aufgehört zu bestehen und sei vollständig vernichtet. Eine solche Lügenpropaganda ist nicht neu. In ihrer mehr als 35-jährigen Geschichte haben die reaktionären Herrscher Burmas, die britischen Imperialisten und die japanischen Imperialisten immer wieder versucht, die Partei auszulöschen, und schon oft sind entsprechende „Siegesmeldungen" verbreitet worden.

Die Kommunistische Partei Burmas ist eine ruhmreiche Partei, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt, enge Verbindungen zu den Volksmassen hält, seit langem den bewaffneten Kampf führt und die Volksarmee leitet, die befreite Gebiete errichtet hat, in denen die rote politische Macht aufgebaut wird und die von den Volksmassen aller Nationalitäten Burmas geachtet und respektiert wird.

Die Hoffnungen der reaktionären Ne Win/San Yu-Clique, die KP Burmas zu vernichten, sind eitle Träume, die nur dazu dienen, die tiefen und unlösbaren Schwierigkeiten, vor denen sich diese Clique befindet, zuzudecken. Im ganzen Land haben die Menschen der verschiedenen Klassen und Schichten ihren Kampf gegen das verhaßte Militärregime, das ihnen keinerlei demokratische Freiheiten gibt und unter dessen Herrschaft sich ihr Leben ständig verschlechtert, verstärkt. Den besten Beweis dafür lieferte die landesweite Bewegung der Arbeiter, die im Mai vergangenen Jahres ausbrach und die Kampagne der Studenten und der Stadtbevölkerung im Dezember. Der bewaffnete Kampf der KP Burmas und die Existenz der Stützpunktgebiete haben die allgemeine Krise des Militärregimes weiter vertieft, deren Ursprung das System der Ausbeutung Burmas durch den Imperialismus, den Feudalismus und den bürokratischen Kapitalismus ist.

Die Kommunistische Partei Burmas, die jetzt einen großen Verlust erlitten hat, wird ihre Trauer in Kraft verwandeln, alle Schwierigkeiten überwinden und letzten Endes den Sieg in der Revolution des burmesischen Volkes erringen.

ES LEBE DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI BURMAS!

ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

Aus aller Welt

SCHWEDEN

Seit 9 Wochen streiken nun bereits ca. 10 000 Holzfäller in Nordschweden und fordern anstelle des bisherigen Akkordsystems einen festen Monatslohn. Ihr Streik hat die schwedische Holzindustrie hart getroffen und sie versucht, ihm durch verstärkte Holzeinfuhren zu begegnen. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben als echte Profitjäger diese Lage sofort ausgenutzt, ihre Holzlieferungen an Schweden erhöht – aber den Preis für einen cbm von 160 auf 200 Kronen erhöht. Die schwedischen Holzfäller sind über diese Sabotage an ihrem Streik und die Profitschneiderei der sowjetischen Imperialisten äußerst empört. Ihr Streikkomitee hat an die Stauer in den Häfen appelliert, alle Holzschiffe zu boykottieren.

BRITANNIEN

Die britischen Arbeiter haben im vergangenen Monat ihren Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern verstärkt. Seit dem 26. 3. haben die Arbeiter im Kampf gegen Entlassungen eine Elektronikfabrik in London besetzt. Die 4 000 Arbeiter des US-Auto-Konzerns Chrysler haben sich am 21. 5. entschieden, ihren Streik, den sie seit dem 9. 5. führen, für weitere 14 Tage fortzusetzen. Auch die Arbeiter von Britisch-Leyland stehen seit vier Wochen im Streik.

SPENDET FÜR DEN BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES VON OMAN!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: Oman

HONDURAS

Mehrere 10 000 Bauern haben am 20. Mai in über einhundert verschiedenen Orten das Land der Grundbesitzer besetzt. Um das Land zu verteidigen, kämpften die Bauern mit der Waffe in der Hand gegen die reaktionäre Armee der Großgrundbesitzer. Der Kampf der Bauern in Honduras wird von mehreren Organisationen der Bauern unterstützt.

VR CHINA

Auf ihrer 1. Sitzung in Madrid hat die Weltreiseorganisation, eine Unterorganisation der UNO, die Tschiang-Clique aus ihren Reihen gestoßen und die Regierung der VR China als einzige Repräsentantin Chinas anerkannt.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

1.Juni: Weltkindertag

Glückliche Kindheit erst im Sozialismus

Der 1. Juni ist der Weltkindertag. Kinder im Kapitalismus – das gehört nach wie vor zu den empörendsten Seiten des kapitalistischen Systems. Die bürgerliche Propaganda will den Eindruck erwecken, Kinderelend gäbe es nur noch in sogenannten Entwicklungsländern, in denen bei Hungersnöten Babys und Kleinkinder verhungern. Sie verschweigt allerdings, daß auch das Leid dieser Kinder auf das Konto des Imperialismus geht, der diese Länder ausplündert, unterdrückt, ruiniert. Daran können auch die heuchlerischen „Hilfsaktionen", die Kirche, bürgerliche Illustrierte und andere bürgerliche Institutionen initiieren, um dem Imperialismus eine „humane" Maske zu verschaffen, nichts ändern. Diese Aktionen, die von vielen Menschen aus ehrlicher Hilfsbereitschaft unterstützt werden, können einerseits diesen Kindern in Wirklichkeit natürlich nicht wirksam helfen und dienen andererseits dazu, davon abzulenken, wie sehr auch unsere Kinder unter den Bedingungen des Kapitalismus zu leiden haben.

Nehmen wir die große und ständig steigende Zahl von Kindesmißhandlungen, die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus hervorgebracht wird. Oder die Tausende sogenannter Heimkinder, die selbst nach dem Urteil bürgerlicher Pädagogen zu seelischen Krüppeln gemacht werden. Aber auch die proletarischen Kinder, deren Eltern alles versuchen, um ihren Kindern eine glückliche Kindheit zu geben und sie gut zu erziehen, müssen von der Wiege an darunter leiden, daß sie als Kinder der Arbeiterklasse für den Kapitalismus nur als zukünftige Lohnsklaven interessant sind. Für sie wird noch nicht einmal das Allernotwendigste getan.

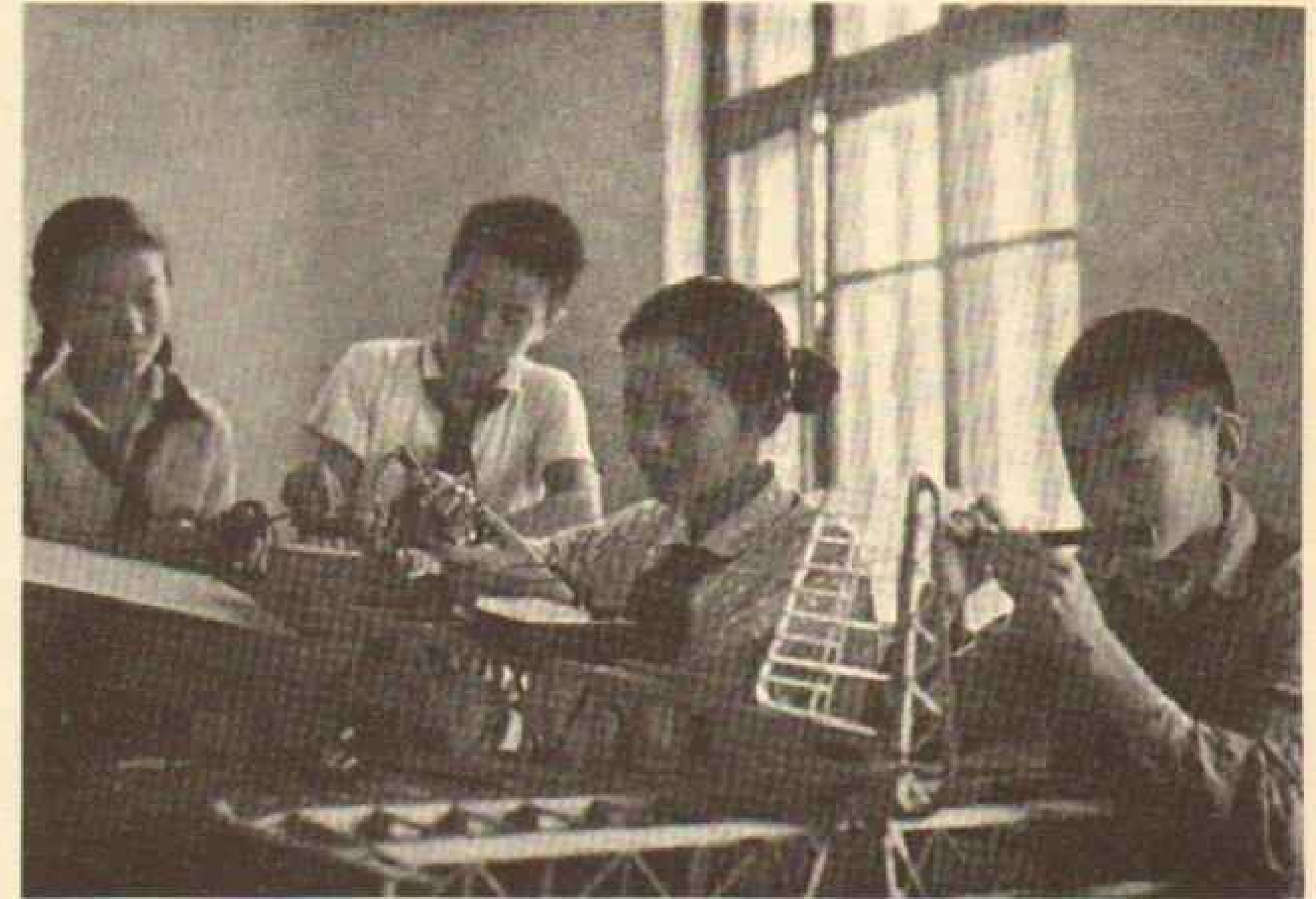
Man schaue sich nur einmal die Situation mit den Kinderkrippen und Kindergärten an. Oft ist es so, daß die Eltern überhaupt keinen Platz in der Krippe oder im Kindergarten finden, häufig muß man die Kinder praktisch schon bei der Geburt im Kindergarten anmelden, damit sie vielleicht mit drei Jahren einen Platz bekommen. Und wie sehen diese Kindergärten dann aus? Es ist bekannt, daß die Kindergärtnerinnen, auch wenn sie sich größte Mühe geben, sich nicht ausreichend um die Kinder kümmern können. So sind die Kindergärten in Wirklichkeit eher Verwahranstalten, in denen die Kinder nicht wirklich in ihrer Entwicklung gefördert werden. Zumal stehen diese Institutionen häufig unter der Regie der Kirche, so daß die Kinder auch noch mit religiösem Aberglauben vollgestopft werden. Selbst die bürgerlichen Erziehungswissenschaftler können nicht leugnen, daß sich die Zahl der Kinder, die so schwere seelische Schäden erleiden, ständig erhöht. Indem die bürgerliche Erziehungsideologie vorgibt, alle Sorgen von den Kindern fernhalten zu wollen, wird versucht, alles, was mit der Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft und dem Klassenkampf zu tun hat, aus dem Gesichtskreis der Kinder zu verbannen. Das alles dient nur dazu, die Kinder unselbständig zu halten, ihnen die Köpfe zu vernebeln, damit sie nicht beginnen, ihre Lage im Kapitalismus zu begreifen.



Alltag der Kinder im Kapitalismus.

Dagegen feiern in den sozialistischen Ländern wie in den Volksrepubliken China und Albanien Kinder und Eltern den Weltkindertag in dem Bewußtsein, daß unter den Bedingungen der Diktatur der Arbeiterklasse die Kinder ein glückliches Leben führen. Sie werden nicht wie die Kinder im Kapitalismus auf ein Leben als Lohnsklave vorbereitet, ihnen werden nicht die Köpfe vernebelt, damit sie später Ausbeutung und Unterdrückung, Arbeitslosigkeit und imperialistischen Krieg hinnehmen. Unter dem Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht wächst in den sozialistischen Ländern mit den Kindern die neue Generation von Kämpfern für den Kommunismus heran, in deren Hände die Macht im Staat liegen wird.

Dementsprechend gilt den Kindern Chinas und Albaniens die größte Fürsorge. Kinderkrippen und Kindergärten gibt es nicht nur in den Stadtteilen, sondern auch in den Betrieben. Für die Kinder, die bereits zur Schule gehen, gibt es in den Stadtteilen Kinderpaläste, in denen die Schüler nach der Schule basteln, Sport treiben, musizieren usw., aber auch technische und wissenschaftliche Experimente machen können. **Bei alle dem gilt, daß die Kinder nicht vom Leben der Gesellschaft ferngehalten werden, sondern daß sie geradezu ermuntert werden, an den brennenden Fragen des Klassenkampfes Anteil zu nehmen.** So diskutieren die Kinder häufig die Berichte älterer Arbeiter, die zu ihnen kommen und ihnen über den Befreiungskampf und den Kampf für den Aufbau des Sozialismus berichten. Die Schüler gehen in die Betriebe, um von den Arbeitern die Tätigkeit in der Produktion zu lernen. Und auch die Kleinen im Kindergarten lernen die produktive Arbeit kennen. In einem Kindergarten in Schanghai falten die Kinder z.B. kleine Schachteln, in die Glühbirnen verpackt werden. Diese Glühbirnen werden in einer kleinen Fabrik des Wohnviertels hergestellt. Und wenn die Kinder den Arbeiterinnen der Fabrik die von ihnen hergestellten Schachteln überreichen, und die Arbeiterinnen ihnen dafür Dank und Anerkennung zollen und die Kinder stolz sind, ihren kleinen Beitrag für den Aufbau des Sozialismus zu leisten, wird klar, wie grundlegend sich die Situation der Kinder im Sozialismus von der der Kinder im Kapitalismus unterscheidet.



Kinder in China: Glückliches Leben im Sozialismus.

Für die Profite der Behring-Chemie

Nach 'Schutzimpfung' mit Tbc verseucht

In unseren Krankenhäusern wird jedes neugeborene Kind, wenige Tage nachdem es zur Welt gekommen ist, gegen Tuberkulose schutzgeimpft. Nun sind nach dieser Schutzimpfung im ganzen Bundesgebiet zahlreiche Kinder an Tuberkulose erkrankt. Gefährdet sind jedoch alle Kinder, die in den letzten Monaten geboren und gegen Tbc geimpft wurden.

Das ganze Ausmaß dieser Welle von Erkrankungen läßt sich noch gar nicht absehen, da die ersten Krankheitssymptome erst sechs bis acht Wochen nach der Impfung festgestellt werden können. Schuldig an allen diesen Krankheitsfällen ist die Behring AG, eine Tochterfirma des Chemiemonopols Hoechst.

Dieser Konzern besitzt das Monopol für den Impfstoff BCG, vertreibt ihn in der ganzen Bundesrepublik, obwohl er, wie Behring inzwischen selbst zugeben mußte, „wahrscheinlich noch ungenügend erprobt ist" und macht auf Kosten der Gesundheit unserer Kinder horrende Profite.

Und auch wenn noch so viele Kinder erkranken mögen, so erklären sie frech: Es kann „nicht von einem ernsten Zwischenfall gesprochen werden." Und in den Zeitungen heißt es dann lediglich, daß einige Fälle von „Überreaktionen" bekannt geworden sind. Nirgendwo wird erwähnt, daß es sich bei den „Erkrankungen" um Tbc handelt. Die Bundesärztekammer hat im April eine halbherzige Warnung vor dem Impfstoff herausgegeben, in der es heißt, daß die möglicherweise auftretenden Krankheitssymptome gar nicht so schlimm seien.

Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. In derselben „Warnung" gibt die Bundesärztekammer als Therapie gegen die Krankheit das Mittel INH an, eines der stärksten Mittel, die es überhaupt gegen Tbc gibt. Kinder mit Lymphknotenschwellungen sind in aller Eile in den Krankenhäusern operiert worden, oft sogar ohne die Eltern zu fragen, ob sie ihre Einwilligung geben. Fraglich ist allerdings, ob eine Operation tatsächlich Hilfe bringen kann.

Angesichts dieser Tatsachen ist es geradezu zynisch, wenn der Leiter des Stadtgesundheitsamtes von Frankfurt erklärt, „daß das Ganze dazu beiträgt, nicht mehr kritiklos und massenhaft die Säuglinge gegen Tbc zu impfen".

Für die kapitalistischen Monopole zählt nur der Profit. Ihnen ist es egal, ob sie Contergan verkaufen oder einen Impfstoff, durch den Kinder an Tbc erkranken und genau dazu paßt der „Vorschlag", die Vorsorge und den Schutz der Kinder einzuschränken.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr Tel.: 0234/ 51 15 37

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19, Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/ 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62 Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard-Ernst-Str. 5 (im Hof). Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

SOEBEN ERSCHIENEN:

Rote Hilfe

Freiheit für Bernd, Hubert und Peter!

ABONNIERT DIE ZEITUNG DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

Abonnementspreis für 1 Jahr:
Einzelabo: 10 DM (einschl. Porto)
Ab 5 Stück: 6 DM je Abo, zuzüglich Porto.

Informationsblatt „Freiheit für die Kämpfer des Roten Antikriegstages" Schutzgebühr für je 100 Stück: DM 5.00

Bestellungen bitte an:
ROTE HILFE DEUTSCHLANDS
46 Dortmund
Dorstfelder Hellweg 22

CHINA-AUSSTELLUNG
Köln 13. – 25. Juni 1975



Im Umkreis von 250 km erteilt die Bundesbahn Fahrpreisermäßigungen für Besucher der Ausstellung